

BUNDESRAT

Stenographischer Bericht

496. Sitzung

Bonn, Freitag, den 20. Februar 1981

Inhalt:

Beschluß zur Erledigung von Vorlagen aus der Zeit der 1. bis 7. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages 51 A

Zur Tagesordnung 29 A

1. a) **Wahl des Zweiten Vizepräsidenten** 29 B

Beschluß: Regierender Bürgermeister von Berlin, Dr. Hans-Jochen Vogel, wird gewählt 29 B

b) **Wahl des Vorsitzenden des Ausschusses für Innerdeutsche Beziehungen (Drucksache 62/81)** 29 B

Beschluß: Regierender Bürgermeister von Berlin, Dr. Hans-Jochen Vogel, wird gewählt 29 B

c) **Wahl des Vorsitzenden des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen (Drucksache 63/81)** 29 C

Beschluß: Senator Peter Ulrich (Berlin) wird gewählt 29 C

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Zweiten Baustatistikgesetzes — Antrag der Länder Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz — (Drucksache 47/81)** 29 D

Beschluß: Einbringung des Gesetzesentwurfs gemäß Art. 76 Abs. 1 GG beim Deutschen Bundestag 29 D

3. **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1981 (Haushaltsgesetz 1981) (Drucksache 1/81)**

in Verbindung mit

4. **Finanzplan des Bundes 1980 bis 1984 (Drucksache 2/81)** 32 B

Späth (Baden-Württemberg) 32 C, 45 B

Dr. Posser (Nordrhein-Westfalen) 36 A

Gaddum (Rheinland-Pfalz) . . . 38 D

Matthöfer, Bundesminister der Finanzen 40 D, 48 A

Hasselmann (Niedersachsen) . . . 49 A

Prof. Dr. Becker (Saarland) . . . 52* B

Schmidhuber (Bayern) 52* D

Beschluß zu 3.: Billigung einer Stellungnahme gemäß Art. 110 Abs. 3 GG 50 A

Beschluß zu 4.: Billigung einer Stellungnahme gemäß § 9 Abs. 2 Stabilitätsgesetz und § 50 Abs. 5 Haushaltsgrundsatzgesetz 50 A

5. Entwurf eines Ersten Gesetzes zur **Änderung des Beitreibungsgesetzes-EG** (Drucksache 4/81) 50 B
 Beschluß: Keine Einwendungen gemäß Art. 76 Abs. 2 GG 53* C
6. Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung der Wirtschaftspläne des ERP-Sondervermögens für das Jahr 1981 (**ERP-Wirtschaftsplangesetz 1981**) (Drucksache 3/81) 50 B
 Beschluß: Stellungnahme gemäß Art. 76 Abs. 2 GG 50 C
7. Zweite Verordnung zur **Änderung der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten im Außenwirtschaftsverkehr** (Drucksache 30/81) 50 B
 Beschluß: Zustimmung gemäß Art. 80 Abs. 2 GG 53* C
8. Verordnung über die verbrauchsabhängige Abrechnung der Heiz- und Warmwasserkosten (**Verordnung über Heizkostenabrechnung — Heizkosten V**) (Drucksache 632/80) 50 C
 Beschluß: Zustimmung gemäß Art. 80 Abs. 2 GG nach Maßgabe der angenommenen Änderungen 50 C
9. Allgemeine **Verwaltungsvorschrift über die Änderung der Lohnsteuer-Richtlinien 1978 — LStÄR 1981 —** (Drucksache 5/81) 50 B
 Beschluß: Zustimmung gemäß Art. 108 Abs. 7 GG 53* C
10. Erste Allgemeine **Verwaltungsvorschrift zur Störfall-Verordnung** (1. StörfallVwV) (Drucksache 626/80) 50 C
 Beschluß: Zustimmung gemäß Art. 84 Abs. 2 GG nach Maßgabe der angenommenen Änderungen 50 D
11. Vorschlag für die Berufung eines stellvertretenden **Mitglieds des Verwaltungsrates der Bundesanstalt für Arbeit** (Drucksache 656/80) 50 B
 Beschluß: Billigung des Vorschlags in Drucksache 656/80 53* C
12. Abberufung von zwei **Mitgliedern zweier Fachbeiräte bei der Bundesanstalt für landwirtschaftliche Marktordnung** sowie Bestellung der Nachfolger (Drucksache 16/81) 50 B
 Beschluß: Billigung des Vorschlags in Drucksache 16/81 53* C
13. **Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht** (Drucksache 48/81) 50 B
 Beschluß: Von einer Äußerung und einem Beitritt wird abgesehen 53* D
14. **Mineralöl- und Branntweinsteuer-Änderungsgesetz 1981 — MinöBranntw-StÄndG 1981 —** (Drucksache 81/81) 29 D
 Dr. Schwarz (Schleswig-Holstein) 30 A
 Prof. Dr. Becker (Saarland) 52* A
 Matthöfer, Bundesminister der Finanzen 31 A
 Gaddum (Rheinland-Pfalz) 31 D
 Beschluß: Anrufung des Vermittlungsausschusses 32 B
 Nächste Sitzung 51 C

Verzeichnis der Anwesenden

Vorsitz:

Präsident Zeyer, Ministerpräsident des Saarlandes

Schriftführer:

Frau Donnepp (Nordrhein-Westfalen)

Dr. Vorndran (Bayern)

Baden-Württemberg:

Späth, Ministerpräsident

Prof. Dr. Herzog, Innenminister

Frau Griesinger, Minister für Bundesangelegenheiten

Prof. Dr. Engler, Minister für Wissenschaft und Kunst

Schlee, Minister für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung

Bayern:

Schmidhuber, Staatsminister für Bundesangelegenheiten

Dr. Vorndran, Staatssekretär im Staatsministerium der Justiz

Berlin:

Dr. Konow, Senator für Bundesangelegenheiten

Porzner, Senator für Finanzen

Bremen:

Thape, Bürgermeister und Senator für Finanzen

Willms, Senator für Wirtschaft und Außenhandel sowie Senator für Arbeit

Hamburg:

Apel, Senator, Bevollmächtigter der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund

Dr. Nölling, Senator, Finanzbehörde

Hessen:

Börner, Ministerpräsident

Frau Dr. Rüdiger, Minister für Bundesangelegenheiten

Niedersachsen:

Dr. Albrecht, Ministerpräsident

Hasselmann, Minister für Bundesangelegenheiten

Dr. Möcklinghoff, Minister des Innern

Nordrhein-Westfalen:

Rau, Ministerpräsident

Dr. Posser, Finanzminister

Dr. Schnoor, Innenminister

Dr. Haak, Minister für Bundesangelegenheiten

Frau Donnepp, Justizminister

Rheinland-Pfalz:

Dr. Vogel, Ministerpräsident

Meyer, Minister für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten

Gaddum, Minister der Finanzen

Saarland:

Prof. Dr. Becker, Minister für Rechtspflege

Dr. Wicklmayr, Minister des Innern

Schleswig-Holstein:

Dr. Stoltenberg, Ministerpräsident

Dr. Schwarz, Minister für Bundesangelegenheiten

Titzck, Finanzminister

Von der Bundesregierung:

Matthöfer, Bundesminister der Finanzen

Huonker, Staatsminister beim Bundeskanzler

(A)

(C)

496. Sitzung

Bonn, den 20. Februar 1981

Beginn: 9.33 Uhr

Präsident Zeyer: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die 496. Sitzung des Bundesrates.

Die Tagesordnung liegt Ihnen in vorläufiger Fassung mit 13 Punkten vor. Wir sind übereingekommen, sie um den Punkt 14 — Mineralöl- und Branntweinsteuer-Änderungsgesetz 1981 — zu ergänzen und diesen Punkt nach Punkt 2 zu behandeln.

Gibt es noch Wortmeldungen zur **Tagesordnung**? — Das ist nicht der Fall. Dann ist die Tagesordnung so **festgestellt**.

(B) Ich rufe Punkt 1 a) der Tagesordnung auf:

Wahl des Zweiten Vizepräsidenten.

Durch das Ausscheiden des Herrn Regierenden Bürgermeisters Dietrich Stobbe aus dem Bundesrat ist das Amt des Zweiten Vizepräsidenten vakant. Für die nach § 5 Abs. 2 der Geschäftsordnung erforderliche Nachwahl schlage ich den Nachfolger im Amt des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Herrn Dr. Hans-Jochen Vogel, vor.

Wer Herrn Kollegen Dr. Vogel zum Zweiten Vizepräsidenten wählt, den bitte ich um ein Handzeichen. — Ich stelle fest, daß der **Wahlvorschlag einstimmig angenommen** worden ist.

Der Zweite Vizepräsident ist damit gewählt.

Wir kommen zu Punkt 1 b) der Tagesordnung:

Wahl des Vorsitzenden des Ausschusses für Innerdeutsche Beziehungen (Drucksache 62/81).

Durch das Ausscheiden des bisherigen Ausschußvorsitzenden ist auch hier eine Neuwahl erforderlich. In Drucksache 62/81 liegt Ihnen der Vorschlag vor, Herrn Regierenden Bürgermeister von Berlin, Dr. Hans-Jochen Vogel, zu wählen. Ich bitte um Ihr Handzeichen.

Herr Regierender Bürgermeister Dr. Vogel ist damit **einstimmig gewählt**.

Wir kommen zu Punkt 1 c) der Tagesordnung:

Wahl des Vorsitzenden des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen (Drucksache 83/81).

Wir haben hier eine weitere Wahl vorzunehmen, da auch der Vorsitzende des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen ausgeschieden ist. Für die Neuwahl des Vorsitzenden liegt Ihnen in Drucksache 83/81 der Vorschlag vor, Herrn Senator Peter Ulrich, Berlin, zu wählen. Wer diesem Vorschlag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen.

Herr Senator Ulrich ist damit **einstimmig** zum Vorsitzenden des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen **gewählt**.

Wir kommen dann zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Zweiten Baustatistikgesetzes

— Antrag der Länder Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz — (Drucksache 47/81).

(D)

Wird das Wort dazu gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Der vorliegende Gesetzesantrag stimmt mit dem Gesetzesantrag überein, den der Bundesrat in seiner 484. Sitzung am 21. März 1980 beschlossen hat. Dieser Entwurf ist jedoch vom Deutschen Bundestag in der 8. Wahlperiode nicht mehr verabschiedet worden.

Das Land Nordrhein-Westfalen hat zu diesem Gesetzesantrag den aus der Drucksache 47/1/81 ersichtlichen Änderungsantrag gestellt. Wir stimmen zunächst über diesen Antrag ab. Wer stimmt diesem Antrag zu? — Dies ist die Minderheit.

Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen, wer für die erneute Einbringung des Gesetzentwurfs beim Deutschen Bundestag in unveränderter Fassung ist. Ich bitte um das Handzeichen. — Das ist die Mehrheit.

Damit hat der Bundesrat **beschlossen, den Gesetzentwurf beim Deutschen Bundestag einzubringen**.

Wir kommen nunmehr zu Punkt 14 der Tagesordnung:

Mineralöl- und Branntweinsteuer-Änderungsgesetz 1981

— MinöBranntwStÄndG 1981 — (Drucksache 81/81).

Präsident Zeyer

- (A) Das Wort hat Herr Minister Dr. Schwarz, Schleswig-Holstein.

Dr. Schwarz (Schleswig-Holstein): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Bundesrat hat sich entschlossen, den Gesetzesbeschluß zum Mineralöl- und Branntweinsteuer-Änderungsgesetz 1981 heute zu beraten, obwohl dieser erst gestern, einige Stunden nach der Beschlußfassung des Deutschen Bundestages, diesem Hause zugeleitet wurde. Damit ist die dem Bundesrat von der Verfassung eingeräumte Beratungsfrist von 21 Tagen geradezu sensationell auf weniger als einen Tag abgekürzt worden. „Volenti non fit injuria“ könnte man darunter schreiben und sich dann mit frohem Mute an die Erörterung und Abstimmung begeben.

Ich möchte indessen wegen der **Einmaligkeit der Verfahrenssituation** — sieht man von der Beratung des Energiesicherungsgesetzes 1973 ab — Ihre Aufmerksamkeit auf Gesichtspunkte lenken dürfen, die allgemeine Bedeutung für den Umgang von Verfassungsorganen miteinander gewinnen können.

Der vorliegende Gesetzesbeschluß ist kein Maßnahmengesetz zur Behebung einer unvorhergesehenen Notsituation. Die Bundesregierung hat im Gegenteil wiederholt betont, sie habe die Öffentlichkeit schon vor der Bundestagswahl auf gesetzliche Entscheidungen zur Verbesserung der Haushaltslage hinweisen müssen. Wenn aber die Bundesregierung diese Entwicklung — wie sie sagt — so rechtzeitig voraussah, so ist nicht erkennbar, warum sie nicht nach Abschluß der Koalitionsverhandlungen, spätestens jedoch unmittelbar nach der Regierungserklärung des Bundeskanzlers, ihren Gesetzentwurf dem Bundesrat zugeleitet hat. Der Bundesrat hätte in diesem Falle seine Stellungnahme noch in der Dezember Sitzung des vergangenen Jahres abgeben können. Der Deutsche Bundestag hätte in diesem Verlauf zwei bis drei Wochen früher beschließen können, und der nunmehr eingetretene unzumutbare Zeitdruck wäre vermieden worden.

Ich sprach von **Zeitdruck**. Bestand eigentlich für den Bundesrat ein solcher Zeitdruck? Wir hätten natürlich von der Absicht der Bundesregierung und der Mehrheit des Bundestages, das Gesetz am 1. April 1981 in Kraft treten zu lassen, mit Gelassenheit Kenntnis nehmen und die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates gleichwohl in Anspruch nehmen können. Ich verzichte hier auf die Darstellung weiterer Verfahrensstufen; die Folge einer solchen Handhabung ist jedem Einsichtigen klar: Es wären mindestens bis zum 1. Juli 1981 Mineralölprodukte, Alkohole und deren Derivate zu den alten oder zu Null-Steuersätzen unwiederbringlich durch die Zähleruhren gelaufen. Ein verlockender Gedanke für eine Mehrheit in diesem Hause, jedenfalls für ein Quartal eine solche als unzweckmäßig, ja, nachteilig erkannte Verteuerung von Mineralöl- und Alkoholprodukten zu verhindern.

Meine Damen und Herren, wir haben uns soeben anders entschieden. Das geschah nicht etwa deswegen, weil uns von der Bundesregierung und einem Parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag mit dem Art. 77 GG in der einen und dem Terminkalender in der anderen

Hand die Notwendigkeit eines reibungslosen Terminablaufs vorkonjugiert wurde, auch nicht deswegen, weil ein anderer Parlamentarischer Geschäftsführer derselben Fraktion es für richtig gehalten hat, die Mehrheit dieses Hauses zum gleichen Zeitpunkt des fortwährenden verfassungsrechtlichen Mißbrauchs zur politischen Melodie „die ganze Richtung paßt uns nicht“ zu bezichtigen.

Nein, die **Entscheidung für die sofortige Beratung** dieses Gesetzesbeschlusses fiel aus zwei anderen Gründen. Zum einen war es aus zwingenden Termingründen nicht möglich, die für den 13. März vorgesehene Plenarsitzung dieses Hauses vorzuverlegen; zum anderen will der Bundesrat deutlich machen, daß die Verantwortung für diese unzweckmäßige, ja, nachteilige gesetzliche Entscheidung bei der Bundesregierung und der Mehrheit des Bundestages liegt. Die der Mehrheit des Bundesrates wiederholt und zu Unrecht vorgeworfene Obstruktionspolitik findet nicht statt. Eine solche nämlich hätte sich den beschriebenen Quartalsvorteil nicht entgehen lassen.

So viel, meine Damen und Herren, zu der getroffenen Verfahrensentscheidung.

Ich möchte noch zwei weitere kurze **Bemerkungen zur näheren und fernerer Zukunft** machen.

Erstens. Falls dem einen oder anderen die zu erwartende Beschlußfassung dieses Hauses zu dem die Regierungsvorlage ändernden Gesetzesbeschluß des Deutschen Bundestages von gestern ein wenig zu global ausfallen sollte, so möge dieser den herabsetzenden Vorwurf allgemeiner politischer Deklamation angesichts der Einlassungsfrist von schwach 20 Stunden und nach der vielleicht erstmaligen Lektüre der detaillierten Stellungnahme vom 30. Januar 1981 in der Bundesrats-Drucksache 630/80 bitte nicht wiederholen.

Zweitens. Bislang gehört es zu den ungeschriebenen Gepflogenheiten zwischen den Verfassungsorganen, die Gesetzesbeschlüsse des Deutschen Bundestages dem Bundesrat so zuzuleiten, daß ihm die Beratung im Rahmen seiner im allseitigen Interesse langfristig terminierten Sitzungen möglich war, wobei die Vorschaltung der Ausschußberatungen eingeschlossen ist.

Leider mehrten sich in den letzten Jahren auch abseits jener großen Anzahl von Gesetzesvorhaben, die dem Bundesrat Ende der vergangenen Legislaturperiode quasi in letzter Minute präsentiert wurden, die Fälle, in denen die Beratungsfrist des Bundesrates von 21 auf zwischen drei bis acht Tagen zusammenschmolzen. Wäre ich ein Buchhalter, würde ich Ihnen mindestens fünf Gesetze dokumentieren können.

Ich möchte Sie, meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang an die Worte erinnern, mit denen der letztjährige Präsident des Bundesrates, der hamburgische Bürgermeister Klose, die **Sondersitzung dieses Hauses vom 18. Juli 1980** einleitete. Er appellierte, wie vor ihm schon manche seiner Vorgänger, an alle Beteiligten — und aus der Sicht des Bundesrates besonders an den Bundestag —, den **Terminen und Fristen künftig noch mehr Aufmerk-**

Dr. Schwarz (Schleswig-Holstein)

- (A) **samkeit zu widmen**, damit alle an der Gesetzgebung Beteiligten ihren Beitrag mit der gebotenen Gründlichkeit und möglichst ohne Zeitdruck leisten können. Die **Achtung der Verfassungsorgane voreinander** steht in Rede. Würde sich der von Bundestag und Bundesregierung zu vertretene Termindruck versteigen, könnte Schaden für unsere Demokratie entstehen. Abwehrmaßnahmen oder Blockaden hat es nämlich, wie auch der heutige Vorgang zeigt, bis jetzt im wesentlichen nur in der Phantasie der Kritiker des Bundesrates gegeben.

Präsident Zeyer: Das Wort hat Herr Senator Apel, Hamburg. — Sie verzichten?

Herr Minister Professor Becker gibt eine Erklärung zu Protokoll *).

Das Wort hat nun Herr Bundesfinanzminister Matthöfer.

Matthöfer, Bundesminister der Finanzen: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Einige wenige Worte zur Begründung unseres Gesetzentwurfs. Hierbei handelt es sich nicht um eine Steuererhöhung, sondern um eine **Steuerstrukturänderung**: Abbau der direkten Steuern, leichte Anhebung des Anteils der indirekten Steuern. Das ist quer durch alle politischen Parteien in der Bundesrepublik immer gefordert worden. Man darf solche vernünftigen Forderungen nicht nur abstrakt erheben, sich dann aber im konkreten Fall dagegen wenden.

- (B) Die zweite Begründung ist eine viel wichtigere. Wir halten die Erhöhung der Mineralölsteuer für einen wichtigen Beitrag zur Wiederherstellung einer angemessenen Vollbeschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland.

Die zweite Begründung ist eine viel wichtigere. Wir halten die Erhöhung der Mineralölsteuer für einen wichtigen Beitrag zur Wiederherstellung einer angemessenen Vollbeschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland.

Ich will Ihnen noch einmal die Kausalkette darlegen, die mich dazu führt, für eine kräftige Anhebung der Mineralölsteuer einzutreten. Von 1978 bis 1980 ist unsere Ölrechnung, obwohl wir viel weniger Öl verbraucht haben, um etwa 30 Milliarden DM angewachsen. Keine Wirtschaft der Welt ist so leistungsfähig, daß sie einen so kräftigen Anstieg ihrer Einfuhrkosten durch einen entsprechenden Anstieg ihrer Ausfuhr ausgleichen könnte. Unsere Ausfuhr ist gestiegen, auch ihr Anteil am Bruttosozialprodukt ist gestiegen. Unsere Wirtschaft ist leistungsfähig; aber das ist nicht hinzukriegen.

Wir haben es also in diesem Jahr mit einem **Leistungsbilanzdefizit** von etwa 25 Milliarden DM zu tun. Leistungsbilanzdefizite können auf zwei Arten finanziert werden: Man kann Kapital importieren, sich also die ausländischen Zahlungsmittel, die man braucht, leihen, oder man kann seine Devisenvorräte verbrauchen. Dafür sind sie da. Wir haben sie nicht angelegt, damit wir dafür amerikanische Staatspapiere halten, sondern um sie in solchen Situationen einzusetzen.

Im vergangenen Jahr sah das so aus, daß ich auf Wunsch und mit Unterstützung der Bundesbank

etwa 20 Milliarden DM im Ausland aufgenommen habe. Dem stand aber eine Kapitalausfuhr in gleicher Höhe gegenüber, so daß wir unser Leistungsbilanzdefizit voll aus den Devisenreserven finanzieren mußten. In diesem Jahr wird das ähnlich sein. Das heißt, wir müssen Anreize für Kapitalimporte schaffen, wenn wir die Zeit, die wir für die **Umstrukturierung unserer Wirtschaft** brauchen, damit erkaufen, daß wir Devisenreserven einsetzen. Um Anreize für Kapitalimporte zu schaffen und Kapitalexporte zu vermeiden, braucht man hohe Zinsen. Hohe Zinsen dämpfen aber die private Investitionslust. Wir brauchen aber private Investitionen, wir brauchen einen privaten Investitionsstoß, wenn wir wieder in die Nähe von Vollbeschäftigung kommen wollen.

Wenn ich also jetzt die Kausalkette zurückgehe und sage: Wer Beschäftigung will, muß stärkere private Investitionen wollen, muß eine Zinssenkung wollen, muß deshalb die Notwendigkeit, Kapital zu importieren, vermindern, muß das Leistungsbilanzdefizit abbauen, muß die Hauptursache, nämlich den Ölverbrauch, drosseln und deshalb mit marktkonformen Mitteln — wenn das irgendwie geht —, nämlich durch eine durch Steuererhöhung induzierte Preiserhöhung, hier eingreifen, dann sehe ich diese **Mineralölsteuererhöhung als Teil eines Gesamtkonzepts zur Wiederherstellung unserer Vollbeschäftigung**, als Teil zugegebenermaßen — dazu gehören auch viele andere Dinge —, aber eben doch als wichtigen Teil.

Deshalb appelliere ich mit aller mir zur Verfügung stehenden Überzeugungskraft an Sie, diesen Gesetzentwurf nicht abzulehnen, sondern ihn im Interesse der Wiederherstellung der Vollbeschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland anzunehmen. (D)

Ich darf, Herr Schwarz, noch eine Bemerkung zum Termin machen. Ich bitte dafür um Entschuldigung. Sie wissen, dazwischen lag eine Bundestagswahl, die Regierung mußte gebildet werden, dann kamen die Weihnachtsferien usw.

Ich anerkenne, daß Sie gleichwohl, ohne von Ihren Rechten Gebrauch zu machen, eine Gestaltung des Terminkalenders ermöglichen, die das Inkrafttreten zum 1. April sicherstellt. Dafür bin ich Ihnen dankbar.

Präsident Zeyer: Das Wort hat Herr Minister Gaddum, Rheinland-Pfalz.

Gaddum (Rheinland-Pfalz): Herr Präsident! Sehr verehrte Damen, meine Herren! Bei allem Bemühen, Ihnen zu folgen, Herr Kollege Matthöfer, ist mir im Moment nicht ganz klargeworden, wie Sie von der Mineralölsteuererhöhung ganz unvermittelt zur Zinssenkung kommen. Sicherlich würde es uns in mancherlei Beziehung leichterfallen, dies zu verstehen, wenn es Ihnen gelungen wäre, uns hier zu überzeugen. Sicherlich ist der Ausgangspunkt Ihrer Überlegungen richtig, daß das Leistungsbilanzdefizit eben auch Maßnahmen unsererseits verlangt, die bisweilen hart sein können. Dazu gehören natürlich auch Steuererhöhungen. Aber der Ausgleich des Leistungsbilanzdefizits darf, glaube ich, nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Notwendigkeit einer größeren Attraktivität für Kapitaleinfuhren gesehen, son-

*) Anlage 1

Gaddum (Rheinland-Pfalz)

- (A) dern er muß primär unter dem Gesichtspunkt einer **Stärkung der Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft** betrachtet werden. Wir können uns mit Kapitaleinfuhren sicherlich eine Zeitlang helfen; aber das ist ja wohl kein Dauerrezept. Vielmehr wird der entscheidende Gesichtspunkt sein, daß wir die Leistungsfähigkeit und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft stärken müssen. Hier erhebt sich allerdings die Frage, ob dieser Steueransatz in dieser Hinsicht der richtige ist.

Ich stimme Ihnen gern zu, weil ich weiß, daß es in der Geschichte sozialdemokratischer Steuerpolitik eine bemerkenswerte Erkenntnis ist, wenn Sie sagen: Wir müssen die direkten Steuern senken und die indirekten erhöhen. Diese Umstrukturierung scheint mir in der Tat gar nicht so abwegig zu sein. Ich meine aber, dabei muß man auch sehen, wie die entsprechend erhöhten Steuern wirken. Sie erhöhen ja nicht etwa eine allgemein wirkende Steuer, sondern eine Verbrauchsteuer, die die Wettbewerbsverhältnisse in der deutschen Wirtschaft über die Preiserhöhungen hinaus, die wir zur Zeit ohnehin schon zu verkraften haben, verändert und verzerrt. Auf dieses Strukturproblem gehen Sie überhaupt nicht ein.

Meine Damen, meine Herren, ich muß aus der Sicht eines Flächenlandes sagen, daß durch die Mineralölsteuererhöhung, die zu den Preiserhöhungen hinzukommt, nicht nur Belastungen für die Pendler eintreten — das ist ein bekanntes Thema —, sondern darüber hinaus auch die Wettbewerbsfähigkeit von Industrie- und Gewerbestandorten, die nicht an die Bahn angeschlossen sind, tendenziell spürbar verschlechtert wird. Während wir uns in den letzten Jahren in allen Flächenländern mit erheblichen Aufwendungen darum bemüht haben, die Wettbewerbsfähigkeit in diesen Bereichen mit Strukturmaßnahmen zu stärken, tut die Bundesregierung augenblicklich alles, um sie zu schwächen.

- (B)

Präsident Zeyer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Eine Beratung des Gesetzes durch die Ausschüsse hat nicht stattgefunden; Ausschlußempfehlungen bestehen daher nicht.

Zur Abstimmung liegt ein Länderantrag in Drucksache 81/1/81 vor. Diesen Länderantrag rufe ich jetzt zur Abstimmung auf. Wer stimmt dem Antrag zu? — Das ist die Mehrheit.

Der Bundesrat hat somit **beschlossen, zu dem Gesetz die Einberufung des Vermittlungsausschusses gemäß Art. 77 Abs. 2 GG aus dem beschlossenen Grund zu verlangen.**

Ich rufe die Punkte 3 und 4 der Tagesordnung zur gemeinsamen Beratung auf:

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1981 (**Haushaltsgesetz 1981**) (Drucksache 1/81)

Finanzplan des Bundes 1980 bis 1984 (Drucksache 2/81).

Das Wort hat Herr Ministerpräsident Späth, Baden-Württemberg. (C)

Späth (Baden-Württemberg): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir beraten heute den Bundeshaushalt 1981 und, was mir besonders wichtig ist, die Finanzplanung der Bundesregierung bis 1984. Diese Vorlagen sind — ich zitiere — „die Grundlage für die Politik der Bundesregierung in den kommenden Jahren“. Ich füge hinzu: Sie werden das Verhältnis zwischen Bund und Ländern entscheidend prägen.

Wir haben für diese Beratung grundlegend erklärt, daß wir an einer **Konsolidierung der öffentlichen Haushalte**, auch an der des Bundeshaushalts, mitwirken wollen. Wenn aber die Bundesregierung für sich in Anspruch nimmt, daß der Bundeshaushalt und die mittelfristige Finanzplanung eine klare mittelfristige Konzeption seien, kommen mir erste Zweifel; denn es gab kaum je einen so interessanten Doppelansatz wie heute.

Der Bundeshaushalt, über den wir beraten, ist auf **Strukturdaten** aufgebaut, die **nach dem Jahreswirtschaftsbericht**, den der Deutsche Bundestag zur Zeit berät, **überholt** sind. Das heißt, die Bundesregierung mutet dem Bundesrat zu, eine Finanzplanung auf Grundlagen zu beraten, die sie selbst für überholt hält. Der Jahreswirtschaftsbericht geht nämlich eher von einem realen Minuswachstum aus; die Teuerschätzungen aber, die der mittelfristigen Finanzplanung zugrunde liegen, gehen noch von einem Pluswachstum aus. Was die **Kreditaufnahmen** (D) anbelangt, so können wir auch nicht damit rechnen, daß die Grundlagen dieses Haushalts stimmen. Was die **Steuerpolitik** anbelangt, so habe ich vom Herrn Bundesfinanzminister erst heute zwei ganz neue, interessante Aspekte gehört.

Der erste Aspekt besagt, die Mineralölsteuererhöhung werde unter Verletzung aller Termine deshalb eingebracht, weil dazwischen eine Bundestagswahl gelegen habe. Daraus muß ich wohl schließen, daß die Bundesregierung dem Steuerbürger schon vor der Bundestagswahl diese Mineralölsteuererhöhung zumuten wollte, es aber wegen der Bundestagswahl nicht getan hat.

(Zuruf Bundesminister Matthöfer)

— Entschuldigung! Eine Erhöhung, wie sie jetzt vorgesehen ist, haben Sie nicht bekanntgegeben, sondern Sie haben, wie nachzulesen ist, angedeutet, Sie müßten die Mineralölsteuer um drei oder vier Pfennig erhöhen. Wahrscheinlich wollten Sie die volle Steuererhöhung lieber erst nach den Wahlen bekanntgeben. Nun soll der Bundesrat mit einer verkürzten Verfahrenslösung einverstanden sein. Auf diese Weise glaubten Sie die Maßnahme, ohne das wahre Ausmaß der Finanzprobleme vor der Wahl zu verdeutlichen, doch noch durchziehen zu können.

Der zweite Aspekt, den ich für noch interessanter halte, Herr Bundesfinanzminister, ist der, daß es sich nicht um eine Steuererhöhung, sondern um eine **Steuerstrukturveränderung** handele. Damit stehen wir vor einer ganz neuen Situation: Wir müssen den Bürgern klarmachen, daß sie im Grunde nur einem

Späth (Baden-Württemberg)

- (A) strukturellen Druck, aber keiner Steuererhöhung unterliegen, wenn sie an der Tankstelle mehr bezahlen müssen. Den Mehrpreis für Benzin halten Sie also für eine Umstrukturierung. Daran ist sogar etwas Richtiges: Die Bundesbürger werden von der Bundesregierung gewissermaßen als Transferspezialisten benutzt. Sie haben zum 1. Januar 1981 eine Entlastung im Direktsteuerbereich erfahren. In gleicher Höhe müssen sie nun aber das Geld, das sie zunächst eingespart haben, an der Tankstelle zurückgeben. Insoweit ist dies tatsächlich eine Umstrukturierung. Allerdings hilft das dem Steuerzahler relativ wenig.

Daß das Verhältnis zwischen direkten und indirekten Steuern nicht mehr stimmt, hängt damit zusammen, daß durch die **heimlichen Steuererhöhungen** die direkten Steuern — siehe die Entwicklung der Lohnsteuer — zunächst einmal massiv angestiegen sind. Nun haben wir uns darauf geeinigt, das zugunsten des Steuerbürgers etwas zu reduzieren. Damit das Gleichgewicht wieder in Ordnung kommt, haben wir vorgeschlagen, die überhöhten direkten Steuern zu senken, während Sie nun sagen: Das Strukturproblem lösen wir besser in der Weise, daß wir die indirekten Steuern erhöhen; damit tragen wir den Strukturproblemen tatsächlich Rechnung. Nur, der Steuerbürger empfindet das ein bißchen anders. Vor der Wahl wurde er mit der Erklärung versehen: Wir helfen dir, indem wir die heimlichen Steuererhöhungen abbauen; du bekommst einen Teil der Steuern, die du auf Grund der Lohnsteuerprogression gezahlt hast, zurück. — Nach der Wahl sagen wir: Das gilt eigentlich nur für den Länderanteil; denn den Bundesanteil holen wir aus Strukturgründen mit den indirekten Steuern wieder herein.

- (B) Tatsache ist, daß der Bundeshaushalt im Grunde ein einziges Strukturproblem hat: Die Bundesregierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen sind nicht in der Lage, die Ausgaben zu konsolidieren. Deshalb treten sie in einen Wettbewerb miteinander ein, wo man den Steuerzahler noch schröpfen könnte, um die unsolide Bundeskasse wieder in Ordnung zu bringen. Dies wird eine ganze Reihe von Problemstellungen für das Verhältnis Bund/Länder aufwerfen.

Wenn Sie, Herr Bundesfinanzminister, sagen, die Mineralölsteuererhöhung sei deshalb wichtig, damit endlich Öl gespart werde, dann ist das mindestens denjenigen gegenüber zynisch, die in den ländlichen Räumen zu ihrem Arbeitsplatz nicht anders als eben mit dem Kraftwagen kommen können, und das bei gleicher Kilometerpauschale und doppeltem Benzinpreis. Den kleinen Leuten, die das voll trifft, kann ich keinen Vortrag über die strukturpolitischen Probleme der Mineralölsteuererhöhung halten, sondern diese Menschen kommen jetzt langsam, aber sicher hinsichtlich ihrer gesamten realen Einkommenslage in ein Minus. Diese Menschen können auch nicht auf den öffentlichen Personennahverkehr ausweichen, weil auch hier auf einmal einschneidend gespart wird. Die Bundesbahn hat bei all den Finanzproblemen, die sich hier ergeben, nicht einmal Aussicht, ihre Schwierigkeiten in Ordnung zu bringen. Es gibt überhaupt kein Sanierungskonzept für

die Bundesbahn. Das Ergebnis ist, daß weitere (C) Strecken stillgelegt werden und der Zugverkehr eingeschränkt wird. Auch das ist ein struktureller Ausgleich: Wenn schon der Vater die Benzinrechnung für die Fahrt zum Arbeitsplatz nicht mehr bezahlen kann, dann soll auch die Tochter mehr für den Nahverkehr aufbringen und möglicherweise noch auf das Auto angewiesen sein, damit es der Familie gleich schlecht geht. Das ist aber auch das einzige, was in diesem Sektor passiert.

Das, was hier gemacht wird, ist schlicht eine Politik auf dem Rücken des kleinen Mannes vor allem draußen in den ländlichen Räumen, der keine Alternative hat, als mit dem Auto zu fahren und diese Last zu tragen. Zu seinen Lasten können wir den Ölverbrauch in der Bundesrepublik nicht in Ordnung bringen.

Wenn Sie — darüber hier zu reden, haben wir einmal angeboten — die Steuermehrerträge wenigstens für den **Fernwärmeausbau** verwendeten, wenn Sie die 2,7 Milliarden DM fünf Jahre lang, zusammen mit den 13,5 Milliarden DM, in den Fernwärmeausbau hineingäben, um Öl zu sparen, oder wenn Sie den **Nahverkehr** mit den 13,5 Milliarden DM so attraktiv machten, daß die Leute vom Auto auf den Nahverkehr umsteigen könnten, dann wäre wenigstens sichtbar, daß hier strukturell etwas geschieht. Dann könnten Sie auch den Ölförderländern sagen, daß Sie die hohen Ölpreise sogar noch mit Steuern belasten, um vom Öl unabhängiger zu werden. Gestern hat ein Sprecher der OPEC in Wien erklärt, die Industrieländer sollten sich doch nicht so über die Rohölpreise aufregen; denn vom Benzinpreis in Europa entfalle die Hälfte auf Steuern. Der Anteil, den die OPEC-Länder vom Benzinpreis pro Liter bekämen, betrage 28 %; 50 % seien Steuereinnahmen der überverbrauchenden Staaten.

Nun tun Sie sich wahrscheinlich sehr schwer, das klarzumachen und dabei das ganze Jahr mit drohendem Finger auf die Ölkonzerne und OPEC-Länder hinzuweisen. Bei jeder Benzinpreiserhöhung sagen Sie öffentlich unter Protest: So geht das nicht weiter. — Ich bin gespannt, wie der Protest aussieht, wenn am 1. April die acht Pfennig aus der reinen Mineralölsteuererhöhung dazukommen, ob dann die OPEC-Länder auch noch ein Stück Verantwortung dafür übernehmen müssen.

Das alles zusammen ist keine solide Politik, sondern im Grunde ist das der Beginn eines Wettbewerbs um mehr Steuereinnahmen. Wer die Zeitungen aufmerksam liest, der weiß, daß in der SPD-Fraktion zur Zeit überlegt wird, ob man nicht noch etwas an der **Sektsteuer** drehen könnte. Das wirkt immer etwas antikapitalistisch, wenn es auch nicht viel bringt. Dann könnten wir auch noch an die **Tabaksteuer** herangehen. Mir scheint der Wettbewerb bei dieser Haushaltsplanung nicht mehr darin zu liegen, daß man sich fragt, wie wir sparen, sondern wo wir überall vom Steuerbürger noch etwas holen können, damit der Haushalt ausgeglichen wird.

Ich meine, das ist nicht der Ansatz zu einer mutigen, neuen, soliden Politik. Außerdem stimmen Ihre Haushalte vor dem Hintergrund der Entwicklung ohnehin nicht mehr. Die **mittelfristige Finanzpla-**

(D)

Späth (Baden-Württemberg)

- (A) **nung** und die Planung 1981 sieht, wenn ich das einmal ein bißchen analysiere, so aus, daß Sie 1981 bereits ein Defizit von 4 Milliarden DM Steuereinnahmen erwarten können, wenn ich die Zahlen des **Jahreswirtschaftsberichts** hochrechne. Vergleichen Sie damit einmal die Länderhaushalte. Trotz der Milliarde, die in den Länderhaushalten enthalten ist, die wir aber an den Bund abführen, und trotz des 45%igen Personalkostenanteils der Länderhaushalte — der Anteil des Bundeshaushalts beträgt 18 % — werden Sie feststellen, daß die Länderhaushalte geringer steigen als der Bundeshaushalt. Bei den Ländern bricht es jetzt voll durch. Dort können Sie genau sehen, daß wir selbst dort streichen, wo es um strukturwichtige Aufgaben geht. Das wird sich konjunkturell falsch auswirken.

In den Konsumbereichen — den Investitionsbereich beim „Tornado“ nehme ich hier aus — macht die Bundesregierung mit ihren Leistungen weiter, als ob nichts geschehen wäre. Es wird nicht geprüft, ob man nicht z. B. einen Teil der BaföG-Gelder in Darlehen umwandeln könnte, damit man etwas zurückbekommt, sondern gestrichen wird dort, wo es um Investitionen geht, angefangen z. B. bei der Spar- und Bausparförderung. Bei den Ländern muß mitgestrichen werden, weil wir das sonst nicht länger durchhalten. Gleichzeitig kündigt die Bundesregierung an, trotz der Steuererhöhungen, die einseitig nur dem Bund zufließen, wolle sie einen noch höheren Anteil an der Umsatzsteuer. Bei den Verkehrsinvestitionen, bei den Zukunftsinvestitionen, in den Forschungsbereichen geht es nach unten. In den

- (B) **Forschungsbereichen** geht es einfach deshalb abwärts, weil die Kosten für Großforschungsprojekte zum Teil genauso kalkuliert sind wie in einigen anderen Investitionsbereichen. Was ich über den Hochtemperaturreaktor und über den Schnellen Brüter lese, sieht ganz danach aus, als ob dort ähnliche Finanzexperten am Werke waren wie bei einigen Rüstungsfinanzierungen und Hochrechnungen, mit dem Ergebnis, daß all das Geld, das Sie haben, dort hineingesteckt werden soll, obwohl noch nicht sicher ist, ob Ihre Partei das überhaupt will. Die Bauzeit beim **Schnellen Brüter** dauert inzwischen so lange, daß die Franzosen schon die zweite Generation in Betrieb nehmen, bevor bei uns die erste Generation überhaupt betriebsbereit ist. Dafür werden praktisch Milliardenbeträge ausgegeben, obwohl nicht sicher ist, wo wir einsteigen wollen. Dazu werden die Forschungsausgaben reduziert. Ich bleibe bei meiner Behauptung. Denken Sie einmal an das, was wir für die Rohstoff-Forschung ausgeben: 183 Millionen DM, wenn ich es richtig im Kopf habe. Denken Sie einmal an das, was wir für die Forschung in wirklich zukunftsweisenden Fragen ausgeben. Dazu kann ich nur sagen: Dort, wo es um die Zukunft geht, wird gespart, für kurzfristige Maßnahmen wird das Geld ausgegeben, und dort, wo es um die Sicherung der Arbeitsplätze in den Ländern geht, werden die Länder so schlecht behandelt, daß unsere Maßnahmen nicht mehr wirksam sind. Wir werden in den nächsten Monaten erleben, daß die Länder beim Wohnungs- und Städtebau, wo die Bauwirtschaft abgesichert werden muß, bei den Verkehrsinvestitionen, wo es um Arbeitsplätze geht, in

vielen Bereichen, wo wir eigentlich Spielraum haben müßten, um die Arbeitsplätze zu sichern, handlungsunfähig werden und daß der Bund eine Grundpolitik treibt, die die Arbeitsplätze nicht sichert. Auch was die Exportförderung anbelangt, können wir in den Ländern bei der mittelständischen Förderung eine ganze Menge weniger tun, weil die Mittel dafür einfach nicht mehr reichen.

Das zweite, was die Partnerschaft zwischen Bund und Ländern anbelangt, ist der **Kreditbedarf**. Ich halte es global für bedenklich, wenn wir beobachten, daß in demselben Maße, in dem Sie Auslandsschulden aufnehmen — Sie sprachen von 20 Milliarden DM im letzten Jahr —, deutsche Kapitalinvestitionen ins Ausland gehen. Wenn ich mir überlege, in welchem Maße die Industrie im Ausland investiert und welche geringe Zuwachsraten die inländischen Investitionen haben, dann ist das kein Beweis für die Hoffnung der Investoren auf bessere Rahmenbedingungen der Investitionspolitik. Sie sind nicht so, daß es sich lohnt, in diesem Lande zukunftssträchtig zu investieren. Ein Teil der D-Mark-Bewertung hängt sicher auch damit zusammen, daß wir in der Energiepolitik zwar eine Diskussionsbreite erreicht haben wie noch kein Land vor uns, daß wir aber nahezu handlungsunfähig geworden sind, weil im Grunde keine entscheidende Linienführung in der Energiepolitik sichtbar ist. Das wird doch immer deutlicher. In der Frage der neuen **Kommunikationstechnologien** beschränken wir uns darauf, einen „Religionskrieg“ um das Privatfernsehen zu führen, anstatt uns darüber klar zu sein, was passiert, wenn die Bundespost weiterhin nicht entscheidend investieren kann, weil Sie ihr freundlich mitteilen, die Investitionspläne für die Kabelanlagen seien aus politischen Gründen gestoppt — so das Bundeskanzleramt —, weil einige Fragen nicht ausdiskutiert seien. Nur kommen Sie offensichtlich gar nicht dazu, sie ausdiskutieren.

Ich kann nur sagen, wir brauchen Investitionskraft in diesem Lande: bei der Energie, bei der Kommunikationstechnologie, bei dem, was Zukunftsarbeitsplätze schafft. Aber gerade hier tut sich zu wenig. Wie wollen Sie eines Tages die Arbeitsplätze sichern, wenn Sie für die künftigen Arbeitsplätze nichts tun und dort, wo Arbeitsplätze wegfallen, wegen fehlender Innovationen nicht mehr helfen können? Eine solche Zukunftsvorsorge halte ich für bedeutender als die Mineralölsteuererhöhung, die den kleinen Mann draußen trifft.

Die Tatsache, daß Sie der **Post** zum Ausgleich des Bundeshaushalts mehr Geld abnehmen, ist im Grunde auch keine investitionswirksame Maßnahme. Ich erinnere mich, daß ich vor einigen Jahren hier gefragt habe: „Warum haben Sie eigentlich die Postablieferung auf Null gestellt?“ Darauf haben Sie erklärt: „Die Post hat so viel Zukunftsinvestitionen vorzunehmen, daß wir sie besonders schonen wollen.“ Jetzt, wo sie wirklich Zukunftsinvestitionen durchführen müßte, sorgen Sie dafür, daß sie aus politischen Gründen nicht investieren kann, und dafür nehmen Sie das Investitionskapital zum Ausgleich der Konsumausgaben des Haushalts. Und dies alles in einer Phase, in der uns die Arbeitslosenzahlen in

Späth (Baden-Württemberg)

- (A) den nächsten Monaten signalisieren werden, wohin die Reise geht.

Zur **Deckung des Haushalts** nur noch wenige Anmerkungen: Die Kredite in Höhe von 27,44 Milliarden DM, die Sie zum Haushaltsausgleich aufgenommen haben, werden wahrscheinlich um 4 Milliarden DM durch weitere Steuerausfälle verringert. Wir werden uns darauf vorbereiten, diese Frage bei der **Steuerschätzung im März** erneut zu diskutieren. Dann fehlen inzwischen wohl 2 Milliarden DM bei der **Bundesanstalt für Arbeit**, die nicht gedeckt sind; das ist schon angekündigt. Bei der gegenwärtigen **Arbeitslosenquote** halte ich es auch für sehr gefährlich, der **Rentenversicherung** 3,5 Milliarden DM weniger an Zuschüssen zu geben; denn bei der augenblicklichen Arbeitslosenquote wird das Beitragsaufkommen sehr schnell signalisieren, daß Sie in der Rentenversicherung in dieselbe Bredouille kommen, in der wir schon einmal waren. Wenn man das alles zusammen nimmt, ist nur noch eine Zahl besonders interessant, nämlich daß Sie 25,9 % der regelmäßigen Einnahmen des Haushalts bereits 1981 für Zins- und Tilgungsausgaben einsetzen müssen. Wer die Nettoverschuldung des Bundes weiterrechnet, kann sich vorstellen, wie das weitergeht.

Nun werden Sie sagen: Deshalb brauchen wir höhere Steueranteile. Nach allem, was wir über die Finanzierungslücke beim „Tornado“ hören, nach dem, was wir jetzt über Forschungskosten in einigen anderen Bereichen hören, etwa bei den Reaktorentwicklungen, wenn zusätzlich noch Milliardenbeiträge durch andere Fehlkalkulationen des Bundes fehlen, hat es keine große Überzeugungskraft, daß man sagt: Die Länderhaushalte befinden sich eben in einer besseren Situation als der Bundeshaushalt, und deshalb müssen die Länder größere Beiträge an den Bund abliefern. Hier werden wir — das will ich gleich ankündigen — noch eine sehr gründliche Aussprache über den Umgang mit Steuergeldern haben, bevor wir bereit sind, die Ausgabendimensionen, die diejenigen verantworten müssen, die falsch gerechnet haben, zur Verhandlungsgrundlage von Steuerumsetzungen zwischen Bund und Ländern zu machen.

Es ist auch nicht mehr die Rede davon, daß die **Hochschulprojekte**, die 1980 begonnen wurden, 1981, wie vom Bund angekündigt, weitergeführt werden. Die Bundesregierung hat bei der Verabschiedung des 10. Rahmenplans für die Gemeinschaftsaufgabe „Hochschulbau“ gesagt: „Der Bund wird für das Haushaltsjahr 1981 zumindest die zur Durchführung begonnener Vorhaben erforderlichen Haushaltsmittel bereitstellen.“ — Davon ist heute nicht mehr die Rede. Sie wissen, daß wir dann den Bau von Hochschulen einstellen müssen. Bisher haben wir im Vertrauen auf die langfristige Finanzierung die Baustellen zügig betrieben, auch im Vertrauen auf die Vereinbarung, den Engpaß an Studienplätzen dadurch zu beseitigen, daß wir den Hochschulbau voranbringen. Wir sind alle im Vertrauen auf diesen Konsens auf diese Gemeinschaftsaufgabe eingegangen. Heute sitzen die Länder mit diesem Problem allein da. Eine pauschale Kürzung der Zuschußmittel an die Länder um 20% ist keine Struk-

- turmaßnahme, sondern das Ganze stellt sich vielmehr so dar: Was können wir bei den Ausgaben zu Lasten anderer sparen, was können wir noch an Einnahmen beim Steuerzahler holen? (C)

Wenn wir das alles zusammen nehmen, dann muß ich sagen: Dieser Bundeshaushalt muß von uns mit einer kritischen Betrachtung, wie sie die Anmerkungen des Finanzausschusses zeigen, versehen werden. Wir haben die große Sorge, Herr Bundesfinanzminister, daß Sie die Chance, bei deren Ergreifung wir Ihnen geholfen hätten — ich sage es noch einmal —, nämlich die Chance einer Konsolidierung der Staatsfinanzen, nicht wahrgenommen haben. Ich sage hier noch einmal: Selbst dort, wo wir Andeutungen gemacht haben — Sie können von der Opposition im Bund und von den Länderregierungen nicht erwarten, daß wir die Vorschläge einbringen —, etwa in der Frage des BAföG, selbst dort, wo wir wirklich bereit gewesen wären, mit zu überlegen — Gerhard Stoltenberg hat beim Subventionsabbau-gesetz gesagt, daß wir über einige Dinge mit uns reden lassen —, wurde nicht darüber geredet, sondern im Grunde genommen werden die gleichen Argumente wiederholt, und dieser Bundeshaushalt und damit die gesamten Staatsfinanzen werden in den Jahren nach 1981 in noch viel größere Schwierigkeiten geraten. Denn wer heute noch glaubt, daß wir im zweiten Halbjahr 1981 einen Konjunkturaufschwung erleben werden, der sucht immer noch Anhänger. Ich zumindest habe bisher noch keinen Anhänger dieser These gefunden — außer denen, die sie gepredigt haben und jetzt nicht mehr wahrhaben wollen. (D)

Wenn Sie die Gutachter im Verlauf der letzten neun Monate gehört haben, kommen Sie sehr schnell zu dem Ergebnis, daß selbst diese in der Hauptsache damit beschäftigt sind, einen Großteil ihrer Prognosen für das Jahr 1980 rechtzeitig wieder zu bereinigen, damit wenigstens ein Gutteil der Prognosen für 1981 halbwegs mit dem übereinstimmt, was uns 1981 erwartet. Wir waren bereit, gemeinsam große Anstrengungen im Interesse der Bürger unseres Landes zu unternehmen, um die Dinge in Ordnung zu bringen. Dieses Angebot, mitzuwirken, ist nicht angenommen worden.

Wir werden trotzdem — Herr Kollege Schwarz hat vorhin bei der Frage der Terminierung gesagt, warum sich der Bundesrat so entschieden hat — **keine Politik der Verweigerung** betreiben. Wir haben heute wegen der Mineralölsteuererhöhung den Vermittlungsausschuß angerufen, und zwar so rechtzeitig, daß Sie, die Bundesregierung und die Mehrheit des Bundestages, niemand daran hindern kann, Ihren Zeitplan einzuhalten. Sie müssen allerdings unsere Ablehnung der Mineralölsteuererhöhung überstimmen. Das ist Ihre Verantwortung, und daran könnten wir Sie letztlich nicht hindern. Wir werden Sie nicht einmal mit den Möglichkeiten, die wir durch die Geschäftsordnung hätten, daran hindern, die Mineralölsteuererhöhung rechtzeitig zu dem Termin, den Sie geplant haben, in Kraft zu setzen, weil wir als Bundesrat der Meinung sind, daß es Ihre Verantwortung ist, die Sie tragen müssen. Ich deute noch einmal an: Wir werden Sie letztlich auch

Späth (Baden-Württemberg)

- (A) nicht daran hindern, beim Subventionsabbaugesetz Ihrer Verantwortung gerecht zu werden, weil wir ganz einfach der Meinung sind, daß das Ihre Verantwortung ist. Wir werden uns beim Bundeshaushalt so verhalten, wie wir uns bisher immer verhalten haben: Wir werden unsere Meinung sagen; aber wir werden das Kernstück Ihrer politischen Verantwortung nicht an seiner Wirksamkeit hindern, weil wir die verfassungsrechtliche Rolle des Bundesrates auch in Zukunft so verstehen.

Aber wir wollen Ihnen hier noch einmal in aller Deutlichkeit sagen — und ich sage das mit sehr großem Ernst, weil wir uns auf diese Aussagen in den nächsten Monaten noch berufen müssen —: Die Chance, einen Neuanfang zu machen, haben Sie versäumt. Sie hatten nicht den Mut, der Bevölkerung zu sagen, was es auch für die sozialen Leistungen ernsthaft bedeutet, wenn es kein Wachstum mehr gibt, wenn wir alles durchgehen und überlegen müssen, wie wir mit weniger zurechtkommen. Diese entscheidende Chance hatten Sie, nämlich bei der Einbringung der mittelfristigen Finanzplanung auf Grund einer neuen Wirtschafts- und Arbeitsplatzsituation. Sie haben die Chance versäumt. Es wird so weitergehen, daß wir heute die Substanz verbrauchen, die wir für unsere Kinder morgen gerne hätten.

Präsident Zeyer: Das Wort hat Herr Minister Dr. Posser, Nordrhein-Westfalen.

- Dr. Posser** (Nordrhein-Westfalen): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Entwurf des Bundeshaushalts 1981 steht unter dem deutlichen Vorzeichen wirtschaftlicher Stagnation in den wichtigsten Industrienationen, einer schwächeren Konjunktur-entwicklung in unserem Lande als gemeinhin erwartet und stark wachsender Finanzsorgen im Bereich der öffentlichen Hände. Die Bundesregierung hat sich bei Vorlage des Haushalts an die Maßstäbe gehalten, die zwischen Bund und Ländern im Finanzplanungsrat abgesprochen worden sind. Die **Empfehlungen des Finanzplanungsrates** sehen eine Begrenzung des Ausgabenwachstums für 1981 auf etwa 4% vor, um die Neuverschuldung nicht über den Betrag des Jahres 1980 ansteigen zu lassen. Diese Vorgaben haben die Bundesregierung vor die schwierige Aufgabe gestellt, den Haushalt auszugleichen.

Inzwischen sind — übrigens nicht nur beim Bund, sondern auch bei allen Ländern und Gemeinden — neue Erschwerungen hinzugetreten, nachdem der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ im Dezember 1980 das bis dahin erwartete Steueraufkommen der Gebietskörperschaften deutlich nach unten revidiert hat. Seit Vorlage des Jahreswirtschaftsberichts der Bundesregierung im Januar dieses Jahres ist weiter bekannt, daß sich die gesamtwirtschaftlichen Annahmen, die dem Entwurf des Haushalts 1981 zugrunde liegen, weiter verschlechtert haben. Das sind keine Erkenntnisse, die Jahre oder auch nur Monate zurückliegen, sondern das sind Erkenntnisse, die erst seit Wochen in ihrem Umfang bekannt sind.

Unter der Voraussetzung, daß es im Laufe des Jahres nicht zu neuerlichen schwerwiegenden weltwirtschaftlichen Störungen kommt, hält die Bundesre-

gierung für 1981 auf Grund der zur Zeit verfügbaren Informationen eine **gesamtwirtschaftliche Entwicklung** für erreichbar, bei der das reale Bruttosozialprodukt im Jahresverlauf wieder ansteigt und den Vorjahresstand nicht oder nur geringfügig unterschreitet. Niemand weiß, ob das eintritt. Die Bundesregierung rechnet damit, daß die Verbraucherpreise im Mittel nicht um mehr als 4,5% steigen und die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt auf voraussichtlich 1,2 Millionen begrenzt werden kann. Diese veränderten Annahmen können zu Risiken führen, die der Entwurf des Haushalts 1981 in der vorgelegten Fassung noch nicht berücksichtigen konnte, und jeder weiß — Herr Kollege Späth, das gilt auch für Baden-Württemberg —, wie sehr wir unsere Annahmen revidieren mußten. Das gilt für uns alle; ich werde darauf gleich noch einmal zurückkommen, wenn ich auf Ihre Ausführungen zur Finanzplanung kurz eingehe.

Die Gesamtausgaben im Bundeshaushalt 1981 sind mit 224,6 Milliarden DM veranschlagt. Das Ausgabenvolumen liegt um 10,3 Milliarden DM über dem Soll von 1980. Die Steigerungsrate beträgt im Vergleich zu den Ist-Ausgaben des Jahres 1980 4,1%. Sie lag nach den Erkenntnissen bei Aufstellung des Entwurfs knapp unter dem erwarteten Anstieg des nominalen Bruttosozialprodukts, und sie liegt genau dort, wo der Finanzplanungsrat den Etatanstieg angesiedelt wissen will. Es gibt Bundesländer, bei denen die Steigerungsrate höher als die Steigerungsrate des Bundeshaushalts ist.

Die Ansätze der **Steuereinnahmen** für 1981 beruhen auf den Ergebnissen der letzten Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“. Da die offizielle Steuerschätzung die von der Bundesregierung beschlossenen Erhöhungen bei den Verbrauchsteuern und den geplanten Abbau von steuerlichen Subventionen noch nicht berücksichtigen konnte, mußten die zu veranschlagenden Steuereinnahmen insoweit angepaßt werden. Die voraussichtlichen Steuermehreinnahmen des Bundes auf Grund der geplanten Änderung der Mineralölsteuer und der Branntweinabgaben belaufen sich auf 2,51 Milliarden DM. Die in dem Entwurf des Subventionsabbaugesetzes vorgesehenen Änderungen auf steuerlichem Gebiet lassen für den Bund 1981 Mehreinnahmen von rund 157 Millionen DM erwarten. Für die Verwaltungseinnahmen ergibt sich dieses Jahr die Besonderheit, daß im Bundeshaushalt 1981 eine Ablieferung der Deutschen Bundesbank in Höhe von 1,7 Milliarden DM veranschlagt wird. Das ist erstmals seit 1976 im Bundeshaushalt der Fall.

Angesichts der besorgniserregenden **Schuldenentwicklung** im öffentlichen Gesamthaushalt liegt das besondere Augenmerk naturgemäß auf der Nettokreditermächtigung. Der Bund stellt den Haushaltsausgleich durch eine Nettokreditermächtigung von 27,44 Milliarden DM her; diese Summe liegt 240 Millionen DM über der im Finanzplan ursprünglich vorgesehenen Konsolidierungslinie. Der **Nettokreditbedarf** des Bundes liegt damit nach dem Haushaltsentwurf 1981 etwa in der Größenordnung des Jahres 1980. Die Kreditfinanzierungsquote beträgt 12,2%. Sie ist geringer als in den Vorjahren.

Dr. Posser (Nordrhein-Westfalen)

- (A) Der Bund hält sich damit auch insoweit an die Empfehlungen des Finanzplanungsrates, seine Netto-neuverschuldung allmählich, wenn auch nur in ganz kleinen Schritten, abzubauen.

Die **Begrenzung der Kreditaufnahme** wird auch in Zukunft im Vordergrund der finanzpolitischen Überlegungen stehen müssen, um das Konsolidierungsziel zu erreichen. Die öffentlichen Ausgaben dürfen in den nächsten Jahren nur unterdurchschnittlich im Verhältnis zum Wachstum des Brutto-sozialprodukts steigen. Neben dem Sparprogramm der Bundesregierung sind Maßnahmen zum Subventionsabbau, wie sie, zum Teil jedenfalls, bereits im Entwurf des Subventionsabbaugesetzes enthalten sind, und Anpassungen bei den Verbrauchsteuern zum Ausgleich des Haushalts vorgesehen.

Aus dem Katalog der Entschließungen aus der letzten Finanzausschußsitzung des Bundesrates ist ein weiterer Punkt hervorzuheben, der in den Erörterungen einen besonders breiten Raum beansprucht hat. Das ist die Forderung an den Bund, seine einseitig vorgenommenen **Kürzungen bei den Gemeinschaftsaufgaben** rückgängig zu machen. Die Kürzungen treffen insbesondere den Ausbau und Neubau von Hochschulen und Hochschulkliniken.

Seit 1969 unterstützt der Bund die Länder nachhaltig bei den Gemeinschaftsaufgaben. Für 1981 hat die Bundesregierung bei allen Gemeinschaftsaufgaben eine Kürzung um 20 % der Ansätze in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen. Die Herabsetzung des Bundesanteils soll aus der Sicht des Bundes generell dazu beitragen, den Umfang der gemeinsamen Finanzierungen zu reduzieren.

- (B)

Die Kürzungen beim **Hochschulbau** führen im Bundeshaushalt 1981 zu Einsparungen von 220 Millionen DM gegenüber dem Soll 1980, so daß der Haushaltsansatz für den Hochschulbereich 1981 680 Millionen DM beträgt.

Nach Auffassung der Länder — aller Länder — reichen die von der Bundesregierung im Entwurf des Haushalts 1981 und in der mittelfristigen Finanzplanung ausgewiesenen Ansätze nicht aus, um die Verpflichtungen des Bundes nach § 12 des Hochschulbauförderungsgesetzes zur zeitnahen Mitfinanzierung der laufenden Vorhaben im Hochschulbereich zu erfüllen. Falls es bei den Kürzungen des Bundes bleibt, werden die Länder bereits begonnene Baumaßnahmen stilllegen, zumindest aber eine Verzögerung bei den laufenden Vorhaben und — wegen der weit überdurchschnittlichen Preissteigerungen auf dem Baumarkt — auch erhebliche Kostensteigerungen hinnehmen müssen.

Die Bundesregierung räumt ein, daß es bei der Gemeinschaftsaufgabe „Hochschulbau“ Finanzschwierigkeiten geben kann, verweist aber auf die Erfahrung, daß die im Rahmenplan vorgesehenen Maßnahmen nicht immer in voller Höhe realisiert wurden. Im übrigen betont die Bundesregierung, sie habe bei Verabschiedung des 10. Rahmenplans am 23. Juni 1980 — darauf haben auch Sie, Herr Kollege Späth, hingewiesen — einen **Finanzierungsvorbehalt** erklärt, der sich auf sämtliche Vorhaben mit Baubeginn in den Jahren 1981 ff. — mit Ausnahme

der Planungskosten — bezieht. Diesen Vorbehalt hat der Bund bisher nicht zurückgenommen. Sollte der Ansatz von 680 Millionen DM zur Abdeckung aller rechtlichen Verpflichtungen nicht ausreichen, stünde noch ein Haushaltsrest von 120 Millionen DM zur Verfügung, der allerdings innerhalb des Haushalts gedeckt werden müßte.

Da der Bundesfinanzminister die Einwilligung zur Inanspruchnahme von Ausgaberechten nach der Bundeshaushaltsordnung nur erteilen darf, wenn Ausgaben in gleicher Höhe bis Ende des laufenden Haushaltsjahres nicht geleistet werden, befürchten die Länder wegen der Deckungsschwierigkeiten im Bundeshaushalt, daß ihnen die im Jahre 1980 nicht geleisteten bzw. verspätet zugewiesenen Bundesmittel endgültig verlorengehen. Wir würden gern hören, ob diese Befürchtung gegenstandslos werden kann, was uns die Arbeit im Bereich dieser Gemeinschaftsaufgabe erleichtern würde.

Ich möchte nun noch ein paar Worte zu dem sagen, was Herr Kollege Späth zur **Finanzplanung** ausgeführt hat. Ich erinnere mich an die Debatten, die vor gut 12 Jahren im Bundesrat geführt worden sind, als wir Finanzreformen beraten und dann mit großer Mehrheit verabschiedet haben. Damals war auch vorgesehen, im Rahmen des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft eine solche mehrjährige Finanzplanung einzuführen. Damals hat es auch Debatten darüber gegeben, wie man diese Finanzplanung einordnen müsse. Ich meine, die Väter dieses Gesetzes — und die Mütter selbstverständlich auch —, die Eltern dieses Gesetzes, hatten recht daran getan, festzulegen, daß zwar der jeweilige Haushalt von den gesetzgebenden Körperschaften beschlossen werden muß, daß aber die Finanzplanung, die von Jahr zu Jahr fortgeschrieben werden muß, nicht mit einem Gesetzesbeschluß versehen, sondern nur zur Kenntnis genommen wird. Es hat sich schon zu einem sehr frühen Zeitpunkt die Erkenntnis durchgesetzt, daß man die prognostische Kraft des Menschen nicht überschätzen darf, daß man also die Finanzplanung nicht als Gesetz beschließt, sondern zur Kenntnis nimmt.

- (D)

Herr Kollege Späth, Sie haben das alles nun — wenn auch in der Form eines freundlich gehaltenen Vorhalts — an die Bundesregierung gerichtet. Das gilt doch für uns alle in den Ländern mit unseren Finanzplanungen auch. Wir haben in unsere **Finanzplanung in Nordrhein-Westfalen** beispielsweise vor zwei Jahren nicht auf Grund eigener Berechnungen, sondern auf Grund der Rechnungen und Schätzungen des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“, der aus 30 Personen besteht, für 1981 eine **Steuermeiereinnahme** von 2,7 Milliarden DM eingestellt. Das schien gar nicht unrealistisch zu sein, weil wir diese Summe auch schon 1978 tatsächlich erreicht hatten. Dann wurde dieser Betrag im Laufe des Jahres 1980 — schon bei der Mai-Schätzung — um 1 Milliarde DM reduziert; damals rechneten wir noch mit 1,7 Milliarden DM Steuermeiereinnahmen im Jahre 1981.

Nach der Dezember-Schätzung desselben Arbeitskreises in demselben Jahr — in einer Zeitabfolge von gerade sechs Monaten — wurde eine weitere

Dr. Posser (Nordrhein-Westfalen)

- (A) Milliarde — es waren genau 1,022 Milliarden DM — heruntergerechnet, so daß wir nunmehr in Nordrhein-Westfalen im Jahre 1981 mit einer Steuermehreinnahme von 720 Millionen DM rechnen.

Jedermann weiß, daß die Steuerschätzung in der zweiten Märzhälfte 1981 das Ergebnis mit Sicherheit nicht verbessern, sondern es — wovon wir alle leider überzeugt sein müssen — leicht nach unten revidieren wird.

Dies haben auch wir erlebt. Es ist also nicht so, verehrter Herr Kollege Späth, daß das eine Sache des Bundes sei, aus der man einen Vorhalt oder gar einen Vorwurf herleiten kann; es gilt vielmehr für uns alle, auch für die Sachverständigen, die Fachleute, die innerhalb eines Zeitraums von anderthalb Jahren solche dramatischen Veränderungen in ihren Berechnungen und Schätzungen erleben.

Deshalb ist es gut gewesen, daß Ende der 60er Jahre beschlossen wurde, die Finanzplanung nicht als Gesetz zu beschließen, sondern zur Kenntnis zu nehmen. Diese Voraussicht hat sich also sehr bewährt.

Gestatten Sie mir noch eine Bemerkung zu dem, was Sie, Herr Kollege Späth, zu den **Kernkraftwerken** und auch zum **Kabelfernsehen** gesagt haben. In beiden Bereichen sind ja nicht nur finanzielle Fragen angesprochen, sondern es wird dabei noch eine ganze Fülle von Punkten mit bedacht werden müssen. Ich will das hier nicht näher ausführen, sondern mich auf die finanziellen Überlegungen und auf die Verzögerungen, von denen Sie gesprochen haben, beschränken.

(B)

Beim **Schnellen Brüter** hat es in der Tat eine große zeitliche Verzögerung gegeben, die allerdings nicht die Bundesregierung zu vertreten hat — nicht einmal die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen —; sie beruht vielmehr auf einer Entscheidung des höchsten Verwaltungsgerichts in Nordrhein-Westfalen, des Oberverwaltungsgerichts in Münster. Dort hat es damals wegen des Schnellen Brüters in Kalkar ein langes Verfahren gegeben. Man hat schließlich einen Aussetzungsbeschuß, einen Vorlagebeschuß an das Bundesverfassungsgericht geleitet, was dann im Jahre 1979 zu der bekannten Entscheidung durch den 2. Senat des Bundesverfassungsgerichts geführt hat. Dann haben alle Parteien eine Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages eingesetzt, die sich auch mit dem Schnellen Brüter befaßt hat.

Ich will mit diesen wenigen Bemerkungen nur deutlich machen, daß man das nun im Rahmen einer Haushaltsdebatte über den Entwurf 1981 nicht dem Bund anlasten kann. Der Bund muß manches vertreten. Er muß auch manches auf seine Schultern packen und manche Kritik entgegennehmen — wie wir alle. Dies aber kann man ihm nun nicht anlasten. Sie haben das mit den verwaltungsgerichtlichen Verfahren wegen Wyhl erlebt. Wir erleben das durch eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts Arnberg neuerdings bei unserem Hochtemperaturreaktor. Sie werden das der Presse entnommen haben. Das Verwaltungsgericht beruft sich wieder auf das Bundesverfassungsgericht.

Hier kann und darf eine Bundesregierung nicht mit irgendwelchen Maßnahmen, etwa mit einer Einschränkung der Rechtsschutzmöglichkeiten, eingreifen. Das ist ein Preis, den wir für den Rechtsstaat zahlen, so sehr wir uns über solche Verzögerungen, die wir nicht für berechtigt halten — verfahrensmäßiges Hinausschieben usw. —, mit Recht ärgern mögen.

Es wird davon gesprochen, daß so viele **Gelder für Investitionen** bereitlägen. Ich höre die unterschiedlichsten Zahlen. Unter ein paar Dutzend Milliarden DM geht es ja nicht ab. Gestern hörte ich, daß etwa 100 Milliarden DM bei der Industrie brachlägen, die sie in den Bau von Kernkraftwerken einzubringen bereit wäre. Hier besteht eine große Betätigungsmöglichkeit; denn der Anteil der Industrie etwa beim Schnellen Brüter — bei den wichtigen Kosten, die dort entstehen, um diesen Prototyp auszuprobieren — liegt bei unter 8%. Dieses viele Geld, das angeblich brachliegt, kann hier sinnvoll eingesetzt werden.

Auch beim Hochtemperaturreaktor, bei dem ja die Verbindung von Kernkraft und Kohle in Form der Prozeßwärme erprobt werden soll, ist privates Kapital durchaus willkommen. Ich habe noch niemanden gehört, der sich dagegen wehrt.

Wenn also öffentliche Gelder im nunmehr notwendigen Ausmaß nicht zur Verfügung stehen, sollte man die brachliegenden Milliarden dafür mobilisieren; denn sie dienen ja demselben Zweck, nämlich der Bevölkerung zu verdeutlichen, daß wir nach dem neuesten Stand von Wissenschaft und Technik in der Lage sind, Kraftwerke — in diesem Fall Kernkraftwerke — zu bauen.

(D)

Sie haben, Herr Kollege Späth — damit will ich schließen —, bei der letzten Sitzung des Bundesrates auf eine Bemerkung von mir zu dem **Verhalten der CDU/CSU-regierten Bundesländer bei der Abstimmung über den Bundeshaushalt** Bezug genommen. Sie meinen, man könne daraus nicht die Schlußfolgerung ziehen, daß es keine durchgreifenden Bedenken der unionsregierten Bundesländer gegen den jeweiligen Bundeshaushalt gegeben habe.

Ich habe das gern zur Kenntnis genommen und darf das dann wohl so verstehen, daß Sie sagen wollen: Das Abstimmungsverhalten der unionsgeführten Bundesländer im Bundesrat bei der Beratung des Bundeshaushalts erfolgte weniger aus Gründen der Politik als aus Gründen der Politesse.

Präsident Zeyer: Das Wort hat Herr Minister Gadum, Rheinland-Pfalz.

Gadum (Rheinland-Pfalz): Herr Präsident! Sehr verehrte Damen, meine Herren! Ich habe mit Aufmerksamkeit gelesen, Herr Kollege Posser, was Sie im Deutschen Bundestag zu dem **Abstimmungsverhalten der Länder im Bundesrat** bei der Haushaltsberatung gesagt haben. Sie meinten damals allerdings, dieses Verhalten hänge nicht mit Politesse, sondern mit Leistungen des Bundes an die Länder zusammen. Diese Leistungen würden die Länder in ihrem Abstimmungsverhalten beeinflussen und sie veranlassen, sich moderat zu verhalten. Sie haben

Gaddum (Rheinland-Pfalz)

- (A) eine bestimmte Position angesprochen, aber ausgerechnet eine, die im Gesetz festgelegt ist. Dafür brauchen wir gar keinen Bundeshaushalt. Ich meine die Ergänzungszuweisungen.

Ich glaube viel eher, daß wir eigentlich doch zur Kenntnis nehmen und von diesem Hause her — meiner Meinung nach gemeinsam — betonen sollten, daß der Bundesrat den Bundeshaushalt immer hat passieren lassen, ungeachtet aller unter Umständen harten und scharfen Kritik, ungeachtet auch einer politisch vielleicht mehr angeheizten Atmosphäre, als wir sie heute haben. Wir haben dies eigentlich immer respektiert und haben den Bundeshaushalt vom Bundesrat her zwar mit Anmerkungen versehen, aber kein Verfahren wie etwa die Anrufung des Vermittlungsausschusses eingeleitet. Das geht nach meinem Verständnis schon etwas über Politesse hinaus und hat etwas mit dem Respektieren des vorzüglichsten Rechts des Deutschen Bundestages zu tun.

Ich bin an sich sehr froh, daß diese Debatte — Sie haben das ja auch aufgegriffen, Herr Kollege Posser — nicht nur den Haushalt 1981, sondern auch die Finanzplanung, zu der der Bundesrat nicht Stellung nimmt, in den Mittelpunkt stellt. Es ist ja doch immerhin kein normaler Vorgang, daß der Finanzausschuß nach meiner Erinnerung mit sehr großer Mehrheit, nämlich mit einem Stimmenverhältnis von zehn zu eins, zu der Finanzplanung des Bundes nicht Stellung nimmt, weil er — mit meinen Worten ausgedrückt — sagt: Dazu kann man nicht mehr Stellung nehmen; das ist im Grunde genommen durch die Daten überholt. Dabei ist die Finanzplanung des Bundes ja erst im Januar eingebracht worden, also nicht so alt, daß sie schon längst als überholt betrachtet werden könnte.

- (B) Ich bin mir darüber im klaren, daß die Finanzplanung — in diesem Fall teile ich Ihre Beurteilung — nicht einer Beschlußfassung unterliegt. Ich halte das auch für gut. Dabei erlauben Sie mir bitte eine kleine Anmerkung: Die **Skepsis gegenüber der Finanzplanung** hege ich seit längerem. Sie wissen, unter welchen politischen Auspizien die Finanzplanung einmal eingeführt worden ist und wer die Hauptforsprecher dieser Finanzplanung gewesen sind. Sie stehen Ihnen politisch etwas näher als mir.

Wenn diese Skepsis heute hier geteilt wird, so ist das meines Erachtens auch schon eine Frucht der gemeinsamen Erfahrung. Allerdings sollte man dann meiner Meinung nach mit der Finanzplanung auch nicht mehr so operieren, als sei sie in der Tat ein Instrument der Finanzpolitik.

Ich sage dies deshalb, weil uns die Frage der Deckungsfähigkeit — etwa bei Auseinandersetzungen mit Gesetzen — ja recht häufig begegnet. Dann heißt es: Das ist in der Finanzplanung abgesichert. Wir müssen eben zur Kenntnis nehmen, daß das, was in der Finanzplanung steht, im Grunde genommen keine Absicherung darstellt, sondern ungedeckte Wechsel sind, über deren Deckung vielleicht später entschieden wird, deren Deckung aber in dem Moment, in dem sie ausgestellt werden, offensichtlich mehr als zweifelhaft ist.

- (C) Ich bin mit dieser Skepsis sehr einverstanden. Wir sollten künftig dann aber auch so verfahren und sagen: Ob etwas in der Finanzplanung steht, ist im Grunde genommen hinsichtlich der finanziellen Leistungsfähigkeit nicht entscheidend.

Für das Verfahren in diesem Jahr, so meine ich, muß allerdings auch beachtet werden, Herr Kollege Posser, daß der Finanzplanungsrat seine Beschlüsse — wenn ich das richtig in Erinnerung habe — am 12. Dezember gefaßt hat, zu einem Zeitpunkt also, als auch die letzten — korrigierten — **Steuerschätzungen** bereits bekannt waren, von denen wir auch noch heute ausgehen. Es sind also keine Änderungen im nachhinein — nach dem Beschluß des Finanzplanungsrates — eingetreten. Von daher müßte man doch eigentlich erwarten, daß die Zahlen, die heute hier vorliegen, in sich auch schlüssig sind. Sie können hier nicht von vornherein — sozusagen entschuldigend für den Bund — sagen: Es ändert sich ständig alles; man kann von diesen Zahlen, die hier vorgelegt werden, eigentlich nicht mehr erwarten. Zahlenangaben können gelegentlich durchaus als überholt gelten — d'accord! Ich meine aber, daß die Differenz, die sich im Zeitraum zwischen den Beschlüssen des Finanzplanungsrates, der Steuerschätzung und der Erarbeitung dieser Zahlen ergeben hat, eigentlich relativ gering war.

- (D) Nein, meine Damen und Herren, dieser Haushalt ist in seiner Grundlage auf Zahlen aufgebaut, an die die Bundesregierung selbst nicht glaubt. Von daher halte ich es auch für einen relativ müßigen Streit, sich darüber zu unterhalten, ob die Daten des Finanzplanungsrates etwa hinsichtlich der Zuwachsraten eingehalten wurden. Man könnte hier ja mit den finanzpolitischen Tricks des Soll/Soll-Soll/Ist-Ist/Soll-Soll/Ist-Vergleichs arbeiten. Irgendwie kommt dann immer gerade das, was man beweisen will, heraus.

Interessant ist ja eigentlich, was im Ablauf des Jahres geschieht. Es ist ein Problem der Finanzwirtschaft, daß sich zu wenig Leute für das interessieren, was dann in **Abwicklung der Haushalte** geschieht. Wir diskutieren immer heftig über die Veranschlagung. So haben wir uns noch im Herbst letzten Jahres darüber unterhalten, ob der Bundeshaushalt in dem vorgesehenen Rahmen abgewickelt werden könne. Die Bundesregierung hat dies bejaht. Das wurde zwar bezweifelt; aber es hat dann bis zum Dezember gedauert, um festzustellen, daß der Bundeshaushalt das für 1980 geplante Volumen nicht einhalten konnte, sondern darüber hinausging. Mit dem sodann erhöhten Volumen war es natürlich wiederum leichter, die Zuwachsrate einzuhalten, weil sich nach Adam Riese aus dem höheren Ist eine niedrigere Zuwachsrate errechnet. So kann man das machen, meine Damen und Herren. Eben deshalb ist diese Diskussion über die Zuwachsraten meiner Meinung nach aber nur begrenzt aussagefähig.

Ich komme nun noch einmal zur Finanzplanung zurück. Ich bitte den Herrn Präsidenten um die Genehmigung, Sie in Abwandlung eines vielleicht bekannten Witzes zu fragen, ob Sie den Unterschied

Gaddum (Rheinland-Pfalz)

- (A) zwischen Grimms Märchen und der Finanzplanung des Bundes kennen. Grimms Märchen beginnen alle mit den Worten: Es war einmal... Die Finanzplanung des Bundes dagegen beginnt so: Es wird einmal... Die **Bundesregierung** geht von **Annahmen** aus, von denen die weitaus meisten hier wissen, daß sie **irreal** sind. Hier wird von einem realen Wachstum von 3% in der Fünfjahresphase — also dieses Jahr einbegriffen — ausgegangen. Sie wissen, daß das Wachstum dieses Jahres Null ist. Das bedeutet, daß für die Jahre 1982, 1983 und 1984 ein phantastisches Wachstum zugrunde gelegt wird. Es wird von einer Preisentwicklung ausgegangen, die auf plus 4% begrenzt werden kann. Aber selbst wenn diese Preisentwicklung eintritt, bedeutet das doch immerhin eine Preiserhöhung von rund 20% in dem genannten Zeitraum.

Meine Damen und Herren, ungeachtet dessen geht die Bundesregierung davon aus, daß sich hinsichtlich des Steuerrechts nichts ändert, d. h. daß sich überhaupt keine Notwendigkeit ergibt, in dieser Zeitspanne Konsequenzen aus dem Zusammenwirken von progressivem Tarif und inflationären Prozessen zu ziehen.

Man geht, glaube ich, kein allzu großes Risiko ein, wenn man sagt: Dies halten wir nicht durch. Es wird sich in diesem Bereich zwar nicht der Zwang zur Steuersenkung, wohl aber der Zwang ergeben, dafür zu sorgen, daß diese Steuererhöhungen die direkte Besteuerung nicht indirekt so verschärfen, daß gehandelt werden muß. Herr Kollege Matthöfer hat vorhin schon etwas zur Strukturänderung gesagt; diese wird sich noch verschärfen.

(B)

Wir gehen bei der Ausgabenentwicklung davon aus, als ginge uns die ganze Diskussion über die **Verteidigungsausgaben** überhaupt nichts an, wenn wir über den Haushalt sprechen. Das betrifft aber nicht nur das Jahr 1981. Die Perspektiven für die nächsten Jahre, die sich abzeichnen, lassen sich aus diesem Haushalt überhaupt nicht ablesen.

Das kann man weiterführen. Die Problematik auf Grund der Entwicklung der Finanzlage der Bundesanstalt für Arbeit kennen Sie. Schließlich hilft sich der Bundesfinanzminister ja auch im Jahre 1981 mit der Reduzierung der Rentenversicherung für das Jahr 1981 zur Verfügung gestellten Mittel. Aber diese Mittel bleiben als Zuschußverpflichtung bestehen, sind für künftige Jahre aufgehoben. Sie finden sie aber wiederum nicht in der Finanzplanung.

Meine Damen und Herren, weshalb sage ich das? Wir haben doch wohl gemeinsam die Sorge, die wirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik könnte sehr stark dadurch geprägt werden, daß das notwendige **Vertrauen bei Investoren und Konsumenten** nicht mehr vorhanden ist. Angesichts der Debatte des gestrigen Tages im Bundestag habe ich den Eindruck, daß das nicht nur die Auffassung der Opposition oder etwa der Länder ist, sondern daß dies die Auffassung zumindest auch des Bundeswirtschaftsministers und des Bundesfinanzministers ist.

Wenn wir diese Sorge um das Vertrauen in unserem Lande zu diesem Staat und eben auch zur Fi-

nanzpolitik dieses Staates haben, so ist dieser Finanzplan ein ausgezeichnetes Instrument, vertrauensschädlich zu wirken, weil jedem, der sich ein wenig damit beschäftigt, klar wird, daß die verantwortlichen **staatlichen Instanzen** in der Bundesrepublik **kein Konzept** haben, um mit den Problemen fertig zu werden. Sie wursteln von einem Tag zum anderen. Genau diesen Eindruck muß das Finanzgebaren des Staates erwecken.

(C)

Meine Damen und Herren, das geht über die Debatte des Haushalts 1981 hinaus. Meines Erachtens hat das in der Tat etwas mit der Gesamtverantwortung des Staates für die wirtschaftliche Entwicklung über diesen Tag und über dieses Jahr hinaus zu tun.

Herr Kollege Posser, ich meine, daß hier eine **besondere Verantwortung des Bundes** besteht. Ich will damit uns — die Länder — nicht aus der Verantwortung nehmen; ich will auch nicht sagen, daß uns das in allen Fällen leichtfällt. Ich kenne auch unsere Probleme mit der Finanzplanung. Wenn ich die Zahlen im Landtag vorlege, sage ich aber zugleich: Das ist zwar eine Finanzplanung, aber das sind keine Zahlen, auf die Sie auch nur in etwa bauen können.

Ich möchte darum bitten, daß der Bundesfinanzminister die entsprechenden Konsequenzen zieht und nicht so tut, als sei dies ein Papier, mit dem man tatsächlich etwas machen könne.

Mit Blick auf die **Energiediskussion**, Herr Kollege Posser, haben Sie die Verantwortung der Bundesregierung angesprochen. Ich darf darauf verweisen, daß wir in diesem Fall die Bundesregierung nicht von den sie tragenden Parteien trennen können.

(D)

Ich wohne in einer Gemeinde unmittelbar gegenüber von Mülheim-Kärlich. Ich erlebe ja die Haltung der Sozialdemokraten in meinem Land zu dieser Frage. Meine Damen und Herren, ich entlasse diese Bundesregierung nicht aus der Verantwortung für das, was in diesem Zusammenhang in der Sozialdemokratischen Partei geschieht. Es nützt überhaupt nichts, wenn hier einerseits praktisch ex cathedra, aber ohne letzte Verbindlichkeit erklärt wird, es werde alles Mögliche für den Ausbau der Energieversorgung getan, und man wisse, worum es gehe, wenn andererseits aber dort, wo es darauf ankommt, dafür einzustehen, nämlich vor Ort, davon letztlich nichts mehr spürbar ist.

Ich wünsche mir sehr, daß sich diese Einmütigkeit in dieser Frage, die auf manchen Etagen der Politik herrscht, auch dort durchsetzt, wo „gesprungen“ werden muß. Das würde uns zumindest sehr viel helfen.

Präsident Zeyer: Das Wort hat Herr Bundesfinanzminister Matthöfer.

Matthöfer, Bundesminister der Finanzen: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will gleich auf die von Herrn Späth gestellte Frage, die von Herrn Gaddum aufgenommen wurde, eingehen: Kann die Bundesregierung wirklich einen großen **Investitionsstoß** auslösen, indem sie in der Frage der **Kernenergie** energischer auftritt?

Bundesminister Matthöfer

(A) Fangen wir einmal bei Wyhl an. Was hat die Bundesregierung, sehr verehrter Herr Ministerpräsident, mit dem Vollzug des Baues von Wyhl zu tun? Wo ist denn die Entscheidung, die bei uns liegt und die wir nicht getroffen haben?

Nehmen wir Brokdorf! Die Bundesregierung ist über VEBA/PREAG von Anfang an zu 50 % an Brokdorf beteiligt. Falls die HEW — was noch abzuwarten ist — aussteigt, stellt sich für uns natürlich die Frage nach den Folgen. Wir sind der Meinung, wir können nicht Hunderte von Millionen in den Sand setzen. Wir machen allein weiter, und die PREAG wird Brokdorf übernehmen.

Was bei Brokdorf zu genehmigen war, ist genehmigt. Ich kann überhaupt nichts sehen, was die Bundesregierung hier nicht getan hätte.

Nun sagen Sie: Ja, aber in Mülheim-Kärlich haben die Leute gehört, dort solle ein Reaktortyp gebaut werden, der dem entspricht, der in Harrisburg steht. Nun sind die Bürger besorgt, und die SPD drückt diese Besorgnis aus.

(Gaddum [Rheinland-Pfalz]: Nein, nein, so einfach ist das nicht! — Dr. Vogel [Rheinland-Pfalz]: Das Ding ist fast fertig! Erst denken, dann reden!)

— Viele Jahre — damals haben Sie über Kernenergie noch gar nicht diskutiert — habe ich diesen Diskussionsprozeß mitgemacht, angefangen bei Wyhl mit Ihrem Vorgänger, Herr Späth. Ich sage Ihnen, die SPD, die eine offene Partei ist, führt diese Diskussion gewissermaßen stellvertretend für die Strömungen in unserem Volk.

(B)

Ich kann mich nur wundern, daß die CDU nicht nur monolithisch, sondern geradezu monoman immer wieder „Kernenergie“ sagt. Wenn irgendein wirtschaftliches Problem zur Lösung ansteht, sagt sie: Das machen wir mit Kernenergie. Auch im Blick auf das Ölproblem heißt es: Hätten wir nur Kernenergie!

Überhaupt nichts wäre 1981 anders, wenn das alles gebaut worden wäre. Was wäre denn anders?, frage ich Sie. Wollen Sie die Autos mit Elektrizität betreiben? Wollen Sie wirklich den physikalisch unsinnigen Versuch machen, fast die gesamte Raumheizung, auf die in der Bundesrepublik immerhin 40 % des Energieverbrauchs entfallen, auf Elektrizität umstellen? Dafür müßte umgerüstet werden; das hätte uns 1981 auch wenig gebracht.

Nun wollen wir einmal auf die wirklichen Ursachen zu sprechen kommen. Wir haben es mit **weltweiten Schwierigkeiten** zu tun, die — ich werde Ihnen gleich noch die Zahlen nennen — die Bundesrepublik ganz gut überstanden hat. Wir sollten in unserem Volk nicht den Eindruck erwecken: Hätte die Bundesregierung nur die richtige innere stramme Haltung zur Kernenergie, dann wäre alles besser in der Bundesrepublik. So ist es nicht. Wer unser Volk glauben machen will, wir würden ohne schwere Konflikte und ohne Wohlstandsverluste durch diese weltweiten Schwierigkeiten kommen — ausgerechnet wir, die wir doch so abhängig und in die internationale Arbeitsteilung eingebettet sind —

der wird dem deutschen Volk einen schlechten (C) Dienst erweisen.

Nun zu einigen Punkten, Herr Ministerpräsident Späth, die Sie vorgetragen haben. Herr Gaddum hat das aufgegriffen, indem er sagte: Die Bundesregierung glaubt überhaupt nicht an die **Zahlen, die dem Haushalt zugrunde liegen**. Dies ist nicht eine Frage dessen, was ich oder der Bundeskanzler oder die Bundesregierung — falls sie als Kollektiv einen Glauben an Zahlen hat — glauben. Hier gibt es doch **etablierte Verfahren**.

Wir hatten Anfang Dezember eine **Steuerschätzung**. Daran sind alle Länder beteiligt; daran sind die Wirtschaftsforschungsinstitute, die Bundesbank und u. a. auch die Bundesregierung beteiligt. Mein Eindruck nach immerhin mehr als dreijähriger Tätigkeit als Bundesfinanzminister ist, daß die Herren und Damen, die dort sitzen, den professionellen Ehrgeiz haben, das Steueraufkommen richtig vorzuschätzen. Diese feste Überzeugung habe ich. Ich habe Vertrauen in die Erfahrungen und in die methodischen Kenntnisse dieses Gremiums. Das muß ich wirklich sagen.

Einige Tage — drei oder vier Tage — später haben wir unverzüglich den Bundeshaushalt im Kabinett beschlossen. Dem lagen die Steuerschätzungen zugrunde, die dieses Gremium erarbeitet hat. An diesem Gremium, in dem wir alle vertreten sind, habe ich auch von Ihnen bisher noch keine Kritik gehört.

(D)

Diese Schätzungen sind doch nicht eine Frage dessen, was ich glaube, sondern Teil eines vernünftigen Verfahrens, das — soweit es objektiviert werden kann — objektiviert ist. Diese Zahlen liegen dem Haushalt zugrunde — nicht irgendwelche Annahmen, die der Bundesfinanzminister oder sonst jemand haben könnte.

Nun ist der **Jahreswirtschaftsbericht** in der Tat fast zwei Monate später gekommen. Die schnelle und drastische Verschlechterung der weltwirtschaftlichen Lage drückt sich in dem Jahreswirtschaftsbericht aus. Das kann aber doch nicht bedeuten, daß wir rückwirkend die Steuerschätzungen, die zugrunde gelegt werden müssen — es gibt doch gar keine andere Möglichkeit —, ändern können. Ihre Vorhaltung, die Bundesregierung lege gewissermaßen im Sinne eines pfiffigen Tricks einen Haushalt vor, an den sie selbst nicht glaube, muß ich zurückweisen. Die Bundesregierung hat sich an die etablierten Verfahren, die sich bewährt haben, gehalten.

Die **mittelfristige Finanzplanung**, lieber Herr Gaddum, ist während der Amtszeit des jetzigen Ministerpräsidenten Strauß als Finanzminister eingeführt worden. Das war ein Beschluß der Großen Koalition. Sie werden kein Zitat von mir finden, in dem ich die Zuverlässigkeit der mittelfristigen Finanzplanung preise. Im Gegenteil!

Ich will Ihnen sagen, ich halte sie trotzdem für ein vernünftiges Instrument. Sie ist für den Finanzmini-

Bundesminister Matthöfer

(A) ster ein Disziplinierungsinstrument gegenüber den Ressortkollegen.

(Heiterkeit)

— Ja, das ist ihre Nützlichkeit — und sonst überhaupt nichts. Sie hat noch nie gestimmt und ist in jedem Jahr anders. Daß Planungen vier Jahre im voraus nicht möglich sind, wissen wir. Trotzdem hat sie eine gewisse Nützlichkeit. Machen wir es also auch weiterhin so, und halten wir uns nicht gegenseitig vor, wir wären Mifri-fgläubig. Ich bin es nicht.

Jetzt also haben sich die Zahlen geändert. Ich habe schon in meiner Einbringungsrede im Bundestag gesagt: Wir werden 1981 **keine Brüning-Politik** machen. Der Bundeswirtschaftsminister hat mich aufgefordert, das zu sagen. Die Bundesbank ist auch dieser Meinung. Diejenigen von Ihnen, die im Finanzplanungsrat waren, wissen, daß wir das im Juni vergangenen Jahres schon so gesagt haben.

Das heißt, wir legen einen Haushalt auf der Basis der Schätzungen vor. Sollte sich aber im Laufe des Jahres die Wirtschaftslage so verschlechtern, daß die Steuereinnahmen zurückgehen, dann werden wir das nicht durch Haushaltskürzungen kompensieren; denn dadurch würden wir nur den wirtschaftlichen Niedergang beschleunigen und wirklich das machen, was man als „Brüning-Politik“ zu bezeichnen sich angewöhnt hat.

(B) Sie, Herr Ministerpräsident Späth, sagten, es würden 4 Milliarden DM **Steuermindereinnahmen** erwartet. Mich interessiert wirklich, woher Sie diese Zahl haben. Nur für den Bund — Sie sprechen ja hier über den Bundeshaushalt und sagen, welche riesige Lücke es im Haushalt gibt — sind 4 Milliarden DM Steuermindereinnahmen zu erwarten? Herr Ministerpräsident Späth, ich habe selten eine Rede gehört — so freundlich vorgetragen, wie sie war; das muß ich Ihnen lassen —, die auf solch einer Menge falscher Informationen beruhte. Nichts, kaum eine Zahl, die Sie genannt haben, stimmt. Nichts, was Sie gesagt haben, ist zutreffend. Ich komme gleich noch auf einige Fälle, die ich mir notiert habe, zurück.

Das schlägt schon in eine neue Qualität um. Sie können ja meine Ausführungen im Protokoll nachlesen und sollten meine und Ihre Zahlen prüfen; dann sagen Sie bitte denjenigen, die Ihnen solche Zahlen aufgeschrieben haben — wir alle haben ja nicht die Zeit, das selbst herauszusuchen —: Das stimmt nicht.

Ich habe mich natürlich erkundigt: Was kommt denn im März heraus, wenn die Steuerschätzungsgruppe zusammentritt? Ich sage Ihnen: Ihre Zahl ist maßlos übertrieben — nach dem jetzigen Erkenntnisstand der Experten, die dort zusammensitzen. Aber wir werden es ja erleben.

Nun sagen Sie: Das ist schlimm; der Finanzminister will die Steuern erhöhen, aber keine Ausgaben kürzen. In diesem Zusammenhang haben Sie angedeutet, wir sollten BAföG auf Darlehen umstellen. Nun sagen Sie mir einmal: Wieviel Mark kriege ich denn 1981, 1982 oder bis 1990 dadurch in die Kasse?

Überhaupt nicht eine Mark mehr kriege ich in die Kasse, wenn ich Ihrem Vorschlag folgte. (C)

Was soll ich denn eigentlich davon halten? Wo sind denn Ihre konkreten Streichungsvorschläge? Ich komme im weiteren Verlauf noch darauf zurück.

Nun sagen Sie, wir holten das, was wir als Steuer-senkung beschlossen hätten, durch die Mineralöl-steuererhöhung jetzt wieder herein. Ich darf Ihnen vortragen, was wir gemeinsam beschlossen haben — das weiß im Grunde niemand besser als Sie; denn Steuerexperte sind Sie wirklich, das habe ich zu schätzen gelernt —: Der **Weihnachtsfreibetrag** wird auf 600 DM angehoben und gilt natürlich auch für 1981. Der **Steuerausfall** beträgt 1,4 Milliarden DM. Der **Haushaltsfreibetrag für Alleinstehende** wird angehoben — Mindereinnahmen, also Mehrverbleib beim Bürger: 300 Millionen DM. Anhebung der **Sonderausgabenhöchstbeträge**: 2 Milliarden DM. Anhebung des **Vorwegabzugbetrages für Vorsorgeaufwendungen**: 1,6 Milliarden DM. Erhöhung des **Wohngeldes**: 600 Millionen DM. Erhöhung des **Kinder-geldes**: 2 Milliarden DM. Der **Absetzungsbetrag für Kinderbetreuungskosten** — über das Verhalten der CDU-geführten Länder, das absprachewidrig ist, werden wir uns noch eingehend unterhalten müssen; aber ich will die augenblickliche Diskussion nicht komplizieren, sondern kündige das nur an — bedingt einen Ausfall und damit einen Mehrverbleib beim Bürger von 2,1 Milliarden DM. **Tarifkorrektur** zugunsten der von der Steuerprogression besonders Betroffenen: 6,1 Milliarden DM.

(D) Das, was wir hier als **Strukturverbesserung** vorschlagen und auch schon im vergangenen Jahr vor der Wahl angekündigt haben — sicher nicht in dem Umfang; wir dehnen das etwas aus, weil andere Motivationen hinzugekommen sind —, macht nicht ein Sechstel von dem aus, was wir für dieses Jahr an Erleichterungen beschlossen haben. Deshalb ist die Begründung, mit der Sie den Vermittlungsausschuß anrufen wollen, falsch. Es ist nicht richtig, daß ein großer Teil zurückgeholt wird. Ein Sechstel ist kein großer Teil. Es handelt sich um eine kleine Strukturverbesserung. Deshalb kann man auch nicht davon sprechen, es ergebe sich ein Minus, bezogen auf die Gesamteinnahmen der Bürger. Das ist nicht richtig.

Nach Ihrer Meinung tut die Bundesregierung überhaupt nichts. Die Ausgaben für den ÖPNV sind Ihrer Auffassung nach nicht ausreichend. Herr Ministerpräsident, immerhin geben wir für diesen Zweck über 6 Milliarden DM aus. — Ja, darüber sind Sie wohl erstaunt; ich sehe es Ihrem Gesicht an.

(Heiterkeit)

Die Bundesregierung setzt in dem Haushalt, den wir Ihnen zuleiten, insgesamt 6 Milliarden DM für den **öffentlichen Personennahverkehr** an. Lassen Sie sich das einmal aufröseln.

Ich komme zum Problem der **OPEC-Länder**. Nehmen wir einmal Saudi-Arabien, mit dem wir besonders eng verbunden sind und mit dem wir noch enger zusammenarbeiten wollen. Dieses Land hat im vergangenen Jahr 3,5 Milliarden Barrel Öl zu einem Preis verkauft, der zwei bis vier Dollar je Barrel unter dem Weltmarktpreis lag. Das heißt, es hat seinen

Bundesminister Matthöfer

- A) Kunden — wir sind ein besonders guter Kunde — 7 bis 14 Milliarden Dollar gegenüber dem Weltmarktpreis nachgelassen. Gleichwohl hat Saudi-Arabien einen enormen Überschuß, weil es gar nicht die Absorptionskapazität hat, um mit diesen Überschüssen fertig zu werden.

Der saudi-arabische Finanzminister hat mich gefragt: Glauben Sie eigentlich, wir könnten nicht rechnen? Wir geben Ihnen das Öl und legen die Überschüsse bei Ihnen zu 8 bis 9 % bei einer Inflationsrate von 5 bis 6 % an, während das Öl, ließen wir es im Boden, jährlich viel stärker im Wert stiege? Warum machen wir das? Weil wir wissen, daß Ihnen ein plötzliches Abdrosseln Ihrer auf der Grundlage der falschen Preissignale des Marktes entstandenen Wirtschaftsstruktur einen solchen Stoß versetzen würde, daß Sie in eine tiefe Krise stürzen würden.

Das ist doch wohl richtig. Stellen Sie sich einmal vor, Saudi-Arabien würde die Ölproduktion wirklich drastisch vermindern. Die Saudis sagen uns: Nutzt diese Zeit, wir können das nicht mehr sehr lange machen. Drosselt mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln euren Ölverbrauch! Wir können die Überschüsse nicht zweckmäßig verwerten. — Es ist einfach nicht richtig, daß sich die **Preisentscheidungen der OPEC** nach den innerdeutschen Steuerentscheidungen ausrichten. Erzählen Sie den Leuten doch nichts, was nicht durchzuhalten ist. Ich habe allerdings den Eindruck, daß einige Leute ihr Geld lieber an die OPEC als an den Bundesfinanzminister abliefern.

(Heiterkeit)

- B) Sie sagen, die Forschungsausgaben würden gekürzt. Das ist nicht richtig. Die im **Forschungshaushalt** für den Bereich des BMFT ausgewiesene Steigerungsrate ist überdurchschnittlich hoch. Der Ansatz steigt stärker als der Durchschnitt des Haushaltes. Die **Ausgaben** des Bundesministers für Wirtschaft für die **Personalkosten kleiner und mittlerer Unternehmen** steigen stärker als der Bundeshaushalt im Durchschnitt. Die indirekten Maßnahmen, die wir zum Teil gemeinsam beschlossen haben, nehmen einen großen Teil in Anspruch. Dabei liegen wir beide gar nicht weit auseinander. Ich bin ein großer Verfechter der Politik des Landes Baden-Württemberg und wünschte mir, daß andere Länder von Ihnen lernten. Bei der Inanspruchnahme von Forschungsmitteln des Bundes sind Sie überproportional vertreten. Ich habe nichts dagegen, weil Sie diese Mittel richtig einsetzen. Aber dann dürfen Sie anschließend nicht so undankbar sein, hierherzukommen und falsche Zahlen zu nennen.

(Große Heiterkeit)

Was Sie gesagt haben, Herr Späth, ist einfach nicht richtig.

Ich komme zum **Schnellen Brüter**. Schade, daß der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein nicht mehr anwesend ist. Er ist einer meiner Amtsvorgänger, die an der Entscheidung über den Schnellen Brüter beteiligt waren. Ich habe die Entscheidung vorgefunden. Das alles war von Herrn Stoltenberg und seinem Nachfolger so festgezurrert worden, daß ich daran nicht mehr viel ändern konnte. Herr Posser hat Ihnen ja gesagt, woran es liegt, daß der Bau so lange dauert.

Frankreich befindet sich in einer anderen Position, Herr Späth. Zu bewerten, daß man dort nur auf eine Karte setzt, steht mir nicht zu. Ich glaube aber, daß die Energie-Mischung, die wir anstreben, für unser Land besser ist. Ich will kein anderes Land kritisieren. In zehn, fünfzehn Jahren, wenn die Versprödungsvorgänge und andere Probleme einsetzen, werden wir aber sehen, ob unsere Politik, für unser Land, wohlge-merkt — ich will nicht in andere Wirtschaftspolitiken hineinreden —, nicht doch richtig gewesen ist. Frankreich hat aber nun einmal pro Quadratkilometer nur halb soviel Einwohner wie wir; es ist doppelt so groß und hat weniger Menschen. Dort gibt es riesige Gebiete und damit weniger Probleme.

Denken Sie einmal an die Menschen in **Mülheim-Kärlich**. Dort wird ein Reaktortyp gebaut, über den man die Berichterstattung aus **Harrisburg** gehört hat.

(Zuruf Späth [Baden-Württemberg])

— Ja sicher, natürlich! Daß unsere Gerichte Auflagen machen, die wesentlich besser als in den Vereinigten Staaten sind —

(Dr. Vogel [Rheinland-Pfalz]: Sie haben keine Ahnung!)

— Das ist eines der wenigen Gebiete, von denen ich Ahnung habe, Herr Ministerpräsident.

(Dr. Vogel [Rheinland-Pfalz]: Keine Ahnung!)

— Ich freue mich aber, daß ich Sie wenigstens zu einem Zwischenruf provoziert habe. Dieses Gremium ist ja so vornehm, daß es sonst überhaupt nicht reagiert. (D)

(Große Heiterkeit)

— Wir können das ja einmal ausprobieren. Ich will darauf nicht insistieren, um durch Reden Bewegungen bei Ihnen nicht noch zu verstärken. Aber ich wehre mich dagegen, daß man sagt, die Bundesregierung sei schuld daran, daß der Schnelle Brüter teurer und seine Bauzeit länger wird. Das ist nicht richtig.

Dann sagten Sie, die **Bundespost** könne nicht investieren, weil ihr der Bundesfinanzminister das ganze Geld wegnehme. Das ist nicht richtig, Herr Ministerpräsident. Die Bundespost hat im vergangenen Jahr 10,4 Milliarden DM investiert und wird in diesem Jahr 12 Milliarden DM investieren; wir haben also eine **überdurchschnittlich hohe Wachstumsrate der Investitionen der Bundespost**. Weil die Post gut verdient, weil die Bundesregierung in den späten 60er und in den frühen 70er Jahren auf die Postablieferung verzichtet hat und Investitionen im Fernmeldenetz vorgenommen werden konnten, die jetzt die Gewinne bringen, ist das jetzt alles möglich.

Zum „**Tornado**“ will ich nichts sagen. Es ist nicht so, daß an den erhöhten Ausgaben nur Planungsfehler schuld sind. Vielmehr wird die **Kampfkraft der Bundeswehr** durch einen stärkeren Zulauf dieser Flugzeuge gestärkt. Das ist erforderlich, und aus diesem Grunde haben wir noch einmal 1,3 Milliarden DM gegenüber der mittelfristigen Finanzplanung dazugelegt — weil wir handlungsfähig sind. Wir haben auch den **Entwicklungshilfshaushalt** mit einer gegenüber dem Gesamthaushalt doppelt so hohen Zuwachsrate angesetzt.

Bundesminister Matthöfer

(A) Die Bundesregierung kommt ihren **internationalen Verpflichtungen** vollständig nach. Sie ist dazu fähig, weil sie im internationalen Vergleich ungewöhnlich gut dasteht. Sie beklagen hier immer die Kreditaufnahmepolitik der Bundesregierung. Wir sehen die Beispiele anderer Länder, in denen man mit dem Anspruch antrat, man werde durch eine stramm konservative Politik die Kreditaufnahme vermindern. Ich sehe das noch nicht. Ich sehe in **Großbritannien 2,5 Millionen Arbeitslose** bei weniger Einwohnern als in der Bundesrepublik. Ich sehe eine höhere Verschuldung, eine höhere Preissteigerungsrate und ein höheres Wachstum der Geldmenge als zu Beginn des Amtsantritts der konservativen Regierung, der jetzt auch schon bald zwei Jahre zurückliegt. Großbritannien wurde gestern im Bundestag wieder als Vorbild hingestellt. Deshalb kommentiere ich das; sonst würde ich dazu nicht Stellung nehmen.

Wo ist das Land, in dem die konservativen Rezepte, die Sie uns als positives Beispiel vor Augen führen, Erfolg gehabt haben?

(Dr. Vogel [Rheinland-Pfalz]: Japan!)

Die **Bundesrepublik Deutschland** — jeder kann das nachrechnen — hat **im Vergleich zu den leistungsfähigen Industrieländern** der Welt, die sich in der OECD zusammengeschlossen haben, auf ihre Größenordnung umgerechnet **zwischen 700 000 und 1 Million Arbeitslose weniger**. Wir hatten im vergangenen Jahr eine Preissteigerung von 5 %, die anderen Länder im Durchschnitt eine solche von über 13 %. Das sind doch Leistungen, die man vorweisen kann und die auch mit der Kreditaufnahmepolitik zu tun haben.

Japan wird uns immer wieder als positives Beispiel genannt. Man sagt, es sei ein ungeheuer leistungsfähiges Land, dort würden die Probleme gemeistert, und man arbeite dort viel mehr als wir. Tatsache ist, daß der japanische Staatshaushalt seit vielen Jahren zu 30 bis 40 % mit Krediten finanziert ist; das ist dreimal soviel wie bei uns. In den letzten Jahren stieg bei uns die Verschuldung des Staates um 100 %, bei den Japanern um 300 %. Man hat dort aber eine niedrigere Arbeitslosenquote und eine ungemein leistungsfähige Industriestruktur. Das Leistungsbilanzdefizit wurde schnell beseitigt; man ist längst wieder im Überschuß. Der Yen hat Gott sei Dank an Stärke gewonnen; damit werden unsere Waren wieder konkurrenzfähig. Das alles ist nicht so einfach, wie Sie, Herr Späth, es in Ihrem mir sehr angenehmen plauderhaften Ton vorgetragen haben.

Wenn Sie sich den Haushalt ansehen, wird das alles verstärkt. Wir wollen ein befriedigendes Wirtschaftswachstum erreichen, die Beschäftigung verbessern und die Preisstabilität bewahren. Ich erinnere mich an das vergangene Jahr und an die Diskussion in diesem Hause, als ich auf der Anklagebank saß, weil ich mich verschulde. Nun sehe ich zu meiner Überraschung, daß die **Länder im vergangenen Jahr einen sprunghaften Anstieg ihrer Verschuldung** von 6 Milliarden DM, viel mehr als der Bund, verzeichneten, daß ihre Ausgaben sehr viel stärker als die des Bundes gestiegen sind, daß sich

also alles das, was mir von Ländervertretern hier immer vorgeworfen wird, bei den Ländern in demselben Jahr vollzogen hat: mehr Verschuldung als der Bund, stärkerer Zuwachs, höhere Zuwachsraten bei den Ausgaben. Ich glaube schon, daß sich die Bundesregierung vernünftig verhalten hat.

Ich will gar nicht kritisieren, daß Sie sich verschuldet haben. Es war wirtschaftspolitisch vernünftig sich so zu verhalten. Aber bitte kritisieren Sie nicht die Bundesregierung, wenn Sie im eigenen Hause das gleiche und, wohlgemerkt, Vernünftige tun.

Noch eine Bemerkung zur **Fernwärme**, von der Sie, Herr Ministerpräsident Späth, gesprochen haben. Wir sind für ein gemeinsames Programm mit den Ländern zum Bau von Kohleheizkraftwerken und zum Ausbau der Fernwärme. Dieses Angebot besteht immer noch. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie nicht mir sagten, ich gäbe zu wenig für die Fernwärme aus, sondern statt dessen dem Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein sagten, er möge doch bitte seine Blockade gegenüber dieser Vereinbarung aufgeben. Es könnte ein Investitionsvolumen in Höhe von einigen Milliarden ausgelöst werden, Herr Ministerpräsident Späth, wenn der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein seine Zustimmung zu diesem Programm gäbe. Ich kann Ihnen zustimmen, daß wir auf diesem Gebiet der Energie noch eine Menge Vernünftiges tun könnten.

Herr Präsident, ich kann also zusammenfassend sagen, daß mir die **Kritik in der Stellungnahme**, die der Bundesrat zum **Bundshaushalt** vorträgt, in hohem Maße **widersprüchlich** erscheint. Es wird bedauert, die Bundesausgaben wüchsen zu stark, obwohl sie sich doch im Rahmen der Empfehlungen des Finanzplanungsrates halten. Es wird kritisiert, daß die Nettokreditaufnahme des Bundes zu hoch ist. Gleichzeitig wird aber die Kürzung der Mittel für Gemeinschaftsaufgaben bedauert. Wir haben doch hier die Diskussion darüber geführt, welches die Aufgaben des Bundes und welches die der Länder sind. Wenn ich höre, daß aus den Mitteln, die für die Gemeinschaftsaufgabe „Hochschulbau“ zur Verfügung stehen, etwa Brandschäden an den Universitäten beseitigt werden, dann frage ich mich: Ist es eine Bundesaufgabe im Rahmen der gesamten Steuerung des Studienplatzangebotes oder welchen Bereiches auch immer, in dem man eine gesamtstaatliche Verantwortung der Bundesregierung konstruieren könnte, mit diesem Geld Brandschäden an Universitäten zu beseitigen? Die Kürzung um 20 % mag Ihnen willkürlich vorkommen. Der Satz ist es sicherlich auch. Man kommt als Finanzminister aber anders nicht durch. Deswegen sagen wir: jeder 20 %. Wenn man sich nämlich auf Fachdiskussionen mit den Kollegen einläßt, ist man als Finanzminister immer unterlegen. Daß hier eine Menge gekürzt werden kann, daß hier eine Menge finanziert wird, was nicht Bundesaufgabe ist, ist auch klar.

Nun zu den **Rentenversicherungsträgern** und zum **Verkehrsbereich**: Es wird kritisiert, daß wir insgesamt etwa 5,5 Milliarden DM an Ausgaben gestrichen haben. Gleichzeitig fordern Sie höhere Verteidigungsausgaben. Gleichzeitig wird die vorgesehene Erhöhung der Mineralölsteuer abgelehnt. Das wäre

Bundesminister Matthöfer

- (A) ein weiteres Defizit von 7 bis 8 Milliarden DM, das ich dieser Stellungnahme des Bundesrates entnehmen muß; aber keiner sagt mir, was ich tun soll.

Ihre Sparvorschläge sind viel bescheidener: 6 Millionen DM im Bereich Kunst und Kultur, 50 Millionen DM beim Psychiatrieprogramm und 10 Millionen DM beim Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung sowie der Hinweis auf den konsumtiven Bereich. Ich kann das nicht verstehen und bitte Sie herzlich, sich in Ihrer Argumentation den Tatsachen zu nähern und ein in sich konsistentes Argumentationsverhalten an den Tag zu legen.

Übrigens, Herr Kollege Gaddum, ist es historisch nicht ganz richtig, daß der Bundesrat den Bundeshaushalt immer hat durchgehen lassen. Bei allem parteipolitischen Gegensatz, der hier und dort zum Vorschein kommt, finde ich richtig, daß wir den Staat funktionsfähig halten und daß dazu bestimmte Gewohnheiten gehören. Aber 1966 — wenn ich mich recht erinnere — hat der Bundesrat den Bundeshaushalt abgelehnt. Das führte zum Sturz der Regierung Erhard, zur Großen Koalition und zum Finanzminister Strauß mit seiner mittelfristigen Finanzplanung.

Der Bundeskanzler hat Mitte Dezember an dieser Stelle für mehr und bessere Zusammenarbeit der Bundesorgane geworben, und wir sollten diesen Diskussionsprozeß fortführen. Es geht in der Tat um die Funktionsfähigkeit unseres Gesamtstaates, die ich nicht gefährdet sehe. Ein sinnvolles und verantwortungsbewußtes Zusammenwirken von Bund und Ländern ist unerlässlich für die Bewältigung der Aufgaben der 80er Jahre in der Energiepolitik, in der Verkehrspolitik, im Wohnungsbau, in der Anpassung unserer wirtschaftlichen Strukturen und bei dem Versuch, zu einer gemeinsamen Politik zu kommen, die eine Rückkehr zu wirtschaftlichem Gleichgewicht und Vollbeschäftigung bringen soll.

- (B) Der Ihnen vorliegende Entwurf des Bundeshaushalts 1981 spiegelt die Konzeption der Bundesregierung für die Bewältigung dieser Aufgaben wider. Ich bitte die Bundesländer und durch sie die Gemeinden, diese Bemühungen der Bundesregierung durch eine entsprechende Haushaltspolitik in ihrem Verantwortungsbereich zu unterstützen.

Der Ihnen vorliegende Entwurf des Bundeshaushalts 1981 spiegelt die Konzeption der Bundesregierung für die Bewältigung dieser Aufgaben wider. Ich bitte die Bundesländer und durch sie die Gemeinden, diese Bemühungen der Bundesregierung durch eine entsprechende Haushaltspolitik in ihrem Verantwortungsbereich zu unterstützen.

Präsident Zeyer: Das Wort hat Herr Ministerpräsident Späth, Baden-Württemberg.

Späth (Baden-Württemberg): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich melde mich nur deshalb nochmals zu Wort, damit nicht der Eindruck bestehen bleibt, Herr Bundesfinanzminister, nach dieser Rede müßten sich die Länder im Grunde dafür bedanken, daß Sie alles getan und selbstlos dafür gesorgt haben, daß es uns gut geht, und daß Sie bereit seien, jedes Opfer für uns zu bringen. Ich gebe zu, daß ich Ihnen gern zuhören, weil Sie es fertigbringen, in einigen Punkten eine Darstellung zu geben, bei der man sich zunächst irritiert die Frage stellt, ob es nicht doch ganz anders war, als man bisher geglaubt hat. Nur die Tatsache, daß ich die Fähigkeit habe, solche Schocks schnell zu überwinden,

(Heiterkeit)

- bringt mich dazu, die Zahlen zu vergleichen. Deshalb möchte ich noch einige Anmerkungen machen, ohne die Debatte ungebührlich verlängern zu wollen. (C)

Ich fange mit dem Sechstel bei der **Strukturbereinigung** an. Das hat mich veranlaßt, meinen Fachmitarbeitern die unverzügliche Entlassung anzudrohen, wenn sie falsche Zahlen gehabt hätten. Aber sie kommen immer mit den gleichen Zahlen, nämlich daß die Steuerentlastung für die Bundeskasse 1981 3,9 Milliarden DM beträgt und daß sich die Mehreinnahmen aus der Mineralölsteuer, der Branntweinsteuer, die Sie erhöhen, auf 2,5 Milliarden DM belaufen. Nun habe ich immer den Verdacht, daß Sie die Entlastungswirkungen bei den Ländern in den Vergleich einbeziehen, nach dem Prinzip: Steuererhöhungen bekommt nur der Bund, aber bei Steuerentlastungen sollen die Länder ihren Beitrag leisten. 3,9 Milliarden DM sind der Betrag, der durch die Steuerentlastung für die Bundeskasse 1981 ausfällt. Vielleicht belegen Sie diesen Betrag durch genaue Zahlen, damit wir nicht aneinander vorbei diskutieren.

(Bundesminister Matthöfer: 2 Milliarden DM Kindergeld!)

— Von denen die Länder 1 Milliarde DM zahlen. Wenn wir diese Milliarde dazunehmen, sind es sogar 4,9 Milliarden DM. Ich bin dafür, daß wir einmal über die Zahlen reden; 2,5 von 4,9 sind immer noch gut die Hälfte. Das heißt, Sie holen sich, wenn man es vornehm rechnet, die Hälfte, wenn man langfristig rechnet, viel mehr. Aber es bleibt eben die Tatsache, daß Sie ursprünglich mit uns eine gemeinsame Steuerentlastung beschlossen haben und jetzt Ihr Opfer einseitig durch Steuermehreinnahmen in der Bundeskasse zum großen Teil wieder ausgleichen. Die gemeinsamen Lasten beim Kindergeld tragen die Länder mit. Sie holen sich jetzt aber Steuermehreinnahmen, die sich die Länder nicht holen können, und die Länder sind an den Steuermehreinnahmen auch nicht beteiligt. Das ist doch die Realität. (D)

Ich möchte gern wissen, wie Sie rechnen, wenn Sie sagen, daß der Bund nur ein Sechstel seiner Ausfälle wieder hereinhole. Die Zahlen hätte ich gern einmal konkret auf den Tisch, damit wir darüber diskutieren können. Sonst besteht der Verdacht, daß Sie wiederum mit der Ihnen eigenen Fröhlichkeit sagen: Wegen dem bißchen Strukturbereinigung führt ihr euch so gewaltig auf! Das ist so ähnlich, wie Sie — wobei Sie die baden-württembergische Sparsamkeit ansprechen — sehr nett gesagt haben, bei der Forschungspolitik seien die Baden-Württemberger die größten „Abholer“. Das stimmt. Das ist der kleinste Bereich, wo wir noch ein bißchen von dem Geld, das wir überall abliefern, zurückholen können.

(Heiterkeit)

Sie müssen dabei natürlich auch erwähnen, was Baden-Württemberg zur Bundeskasse beiträgt. Ich habe einmal eine Übersicht machen lassen, die ich mir eigentlich für die Stunde aufheben wollte, zu der wir hier das Lehrstück mit der Haushaltsablehnung probieren. Ich habe heute neu gelernt, daß die Ablehnung des Haushalts nur einmal stattgefunden und daß dies gleich die Regierung gestürzt habe. Das ist

Späth (Baden-Württemberg)

- (A) natürlich ein völlig neues Motiv zum Überdenken unserer Haltung in dieser Frage.

(Heiterkeit)

Das habe ich wirklich nicht gewußt. Deshalb höre ich Ihnen gern zu, weil man immer etwas Neues dazulernen kann.

Aber um auf das **Thema Forschungspolitik und Leistungen** zurückzukommen: Wenn Sie die Forschungspolitik ansprechen, kann ich Ihnen in bezug auf Baden-Württemberg nicht widersprechen. Aber es wäre gut, einmal über die Gesamtzusammenhänge zu reden. Ich habe mir einmal eine Übersicht über die Beträge machen lassen, die Baden-Württemberg über den **Länderfinanzausgleich** hinaus zahlt. Sie wissen ja, daß es mich zutiefst schmerzt, daß mein Land 80 % des Länderfinanzausgleichs zahlt.

(Dr. Posser [Nordrhein-Westfalen]: Nicht ganz 70 %!)

— Herr Kollege Posser, ich habe das Gefühl, hier spielt die Hoffnung, daß es anders werde, eine große Rolle. Im letzten Jahr sind wir knapp unter 80 % gesunken. Es werden wohl genau die 75 % werden, die zwischen Ihren 70 und meinen 80 % liegen.

(Heiterkeit)

Erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang eine bescheidene Bemerkung. Wenn Sie dem Steuerzahler eines Landes beibringen wollten, daß das Hauptproblem darin besteht, ob er zwei Drittel oder drei Viertel des gesamten Länderfinanzausgleichs der Bundesrepublik zahlt, dann wäre das für ihn vielleicht eine „wichtige“ theoretische Diskussion. Wenn ich aber einen Nachtragshaushalt mit zwei Punkten einbringen muß, nämlich Erhöhung des Länderfinanzausgleichs zugunsten anderer Länder und deshalb Streichung von eigenen Investitionen zur Erbringung der Mittel für den Länderfinanzausgleich, dann ist für die Leute in Baden-Württemberg die Frage, ob 70 %, 75 % oder 80 %, zweitrangig. Ich will das nicht vertiefen.

(B)

Ich habe einmal ausrechnen lassen, wieviel etwa bei der Arbeitslosenversicherung aus Baden-Württemberg abfließt, und ich habe ausrechnen lassen, was in der Sozialversicherung bei den Landesversicherungsanstalten im Finanzausgleich aus einem Land abfließt. Hier habe ich kein schlechtes Gewissen, wenn Baden-Württemberg überproportional Forschungsmittel bekommt, zumal wenn ich dann noch hinzurechne, wie das bei der Wirtschaftsförderung läuft, nämlich nach dem Prinzip: Die Baden-Württemberger helfen sich selbst; deshalb sollen sie solidarisch dazu beitragen, daß Strukturen, die in anderen Bereichen nicht rechtzeitig bereinigt worden sind, von denen, die die Strukturen schon bereinigt haben, auf deren Kosten mitgetragen werden. Das sind durchaus Punkte, über die wir eine vertiefte Diskussion führen könnten. Aber Sie werden nicht bestreiten, daß Sie sich einen einzigen Punkt unter sieben herausgepickt haben. Statt 6 : 1 stellen Sie 0 : 1 vor und sagen: 6 : 0 ist die umgekehrte Seite; das wird schon nicht auffallen. Das ist eine besondere Fähigkeit, bei der Sie die Dankbarkeit dieses

Hauses ansprechen wollten. Deshalb mußte ich noch etwas dazu sagen; denn ganz so bescheiden kann ich das nicht abgehen lassen. (C)

Lassen Sie mich noch etwas zu dem **Gesamtkonzept** sagen, von dem Sie gesprochen haben. Das hat mich nämlich getroffen, weil das über den Grad pädagogischer Belehrung hinausging, den Sie sonst hier anwenden. Ich meine die Frage der **Kernenergie** und der **Technologie**. Ich sage das deshalb, weil ich weiß, daß auch Sie das besser wissen, als Sie es hier darstellen.

Natürlich können wir in Wyhl nichts machen, solange wir kein Urteil haben. Natürlich hängen wir alle vom Ausgang der Gerichtsverfahren ab. Aber würden Sie denn bestreiten, daß es in der ganzen Kernenergiediskussion eine große Rolle spielt, wie die Verantwortung von den einzelnen Parteien wahrgenommen wird? Ich wehre mich dagegen, wenn über meine Parteifreunde gesagt wird: Kernkraft ohne Wenn und Aber. Ich bin übrigens auch nicht der Meinung, daß wir jetzt das französische Beispiel im Eiltempo nachahmen müßten; hier sei alternativ nichts zu überlegen. Ich gehöre aber auch zu denen, die sagen: Eines geht nicht, nämlich daß man einer verunsicherten Bevölkerung ein solches Schauspiel vorführt, wie es jetzt in Brokdorf abläuft, und sich dann wundert, wenn das Vertrauen der Menschen in die Verantwortungsbereitschaft der Politiker laufend abnimmt, und zwar über alle Parteien hinweg. Glauben Sie, daß bei der Beurteilung durch Gerichte die Frage, wie lange wir uns etwa um die Wiederaufbereitung gestritten haben, wie das alles politisch abläuft, ohne Wirkung sein soll? (D)

Wenn ich mir etwa das Thema Wiederaufbereitung ansehe,

(Bundesminister Matthöfer: Ja, genau!)

frage ich Sie: Warum haben Sie denn z. B. von seiten der Bundesauftragsverwaltung überhaupt nie Weisungen erteilt? Nach dem Atomgesetz sind doch Sie für die **Entsorgung** zuständig. Sie haben dem Land Niedersachsen nicht ein einziges Mal eine Weisung erteilt, sondern Ihnen war es gerade recht, daß Sie die Sache dem Land Niedersachsen als Problem übereignen konnten. Wer von einem Ministerpräsidenten verlangt, nach dem Prinzip zu handeln: Du mußt das Bundesproblem lösen, weil das nur ein Land lösen kann; aber selbstverständlich dürfen unsere politischen Freunde dann sofort gegen dich argumentieren, der schafft eben genau die Atmosphäre, in der solche Dinge entstehen, die dann in die Sackgasse führen. Das ist doch das Problem. Ich beobachte mit Interesse, wie schwer es dem Kollegen Börner fällt, eine solche Sache durchzuziehen.

Aber es wird immer schlimmer, wenn selbst die Öffentlichkeit registriert: Überall dort, wo die Regierung von SPD und FDP ihrer Verantwortung nachkommen will, kann sie es nur noch mit dem Beifall der anderen Parteien tun, aber nicht mehr mit der Rückendeckung aus den eigenen Reihen.

(Frau Dr. Rüdiger [Hessen]: In Zusammenarbeit!)

Späth (Baden-Württemberg)

- (A) — Verehrte Frau Kollegin Rüdiger, wir werden in Hessen erleben, wie die Sache politisch ausgeht; wir werden es am Flughafen sehen.

(Frau Dr. Rüdiger [Hessen]: Ja, in der Tat!)

Ich bin der Meinung, wenn es nicht mehr gelingt, in Fragen der Sicherung der Zukunftsentwicklungen einen Konsens zwischen den demokratisch verantwortlichen Parteien, zwischen Bund und Ländern zu erreichen, in einem Kernstück der Zukunftssicherung zusammenzuarbeiten — und dafür ist die Kernkraft ein Beispiel, dafür ist die Wiederaufbereitung ein Beispiel, dafür ist die Kommunikationstechnologie ein Beispiel —, dann wird die Sache problematisch, dann kommen wir mit den Investitionen nicht voran, und dann ist das nicht nur eine Frage der Gerichte, sondern eine Frage der **Wahrnehmung der Zukunftsverantwortung in der Politik**.

- (B) Wie wäre es, wenn wir nicht dauernd streiten würden, indem etwa Herr Matthiesen sagt, es gehe den Bundeskanzler gar nichts an, was in Brokdorf passiert, obwohl im Atomgesetz eine ganze Menge über die Zuständigkeiten der Bundesregierung auf diesem Sektor steht, wenn wir eine nationale Anstrengung unternähmen, indem Bund und Länder sich nicht darüber streiten, wer gerade für den Stand der Gerichtsverfahren verantwortlich gemacht werden könnte, sondern wenn wir uns einmal zusammensetzen und sagen würden: Wir wollen die Energiemischung, von der Sie reden und die ich unterstütze, nämlich **Kohle, Alternativenergien, Energiesparen und Kernkraftanteil**? Wie wäre es, wenn wir uns in einer solchen Frage einmal zusammensetzen und am Ende dieser Sitzung sagen würden: Jetzt legen einmal wir die denkbaren Alternativen fest, jetzt legen wir die denkbare Zahl des Kernkraftanteils an der Energieversorgung fest, und dann regionalisieren wir? Und wie wäre es, wenn wir dann sagen würden: Wir wollen einen Kompromiß schließen — so viel Kernkraft wie unumgänglich —, und so wird es dann auch durchgeführt? Hieran mangelt es, und das schafft die Unruhe auch im Hinblick auf die Investitionsbereitschaft.

Dabei ist es nicht damit getan, daß Sie die Privatwirtschaft auffordern, in Reaktorkonzepte zu investieren, für die sie das Know-how der nächsten Generation in Frankreich kaufen kann. Wir wissen doch, daß sich die Industrie in der Bundesrepublik Deutschland längst ausrechnen kann, daß es besser für sie ist, sich das Know-how über den „Superphénix“ in Frankreich zu kaufen, als heute noch in den Schnellen Brütern und dessen Entwicklungsstufe I in der Bundesrepublik zu investieren. Es pfeifen doch die Spatzen von den Dächern, daß sich die Industrie im Unterschied zur Bundesregierung nicht mehr mit dem Problem beschäftigt, diese überholte Sache — selbstverschuldet überholt — noch mit Geld zu versehen, sondern inzwischen schon neue Technologien im Ausland kauft. Nur: das wird unsere Zahlungsbilanz auch nicht verbessern.

Wenn wir uns also bei der Entwicklung und Anwendung neuer Technologien weiterhin so zerstritten auführen, trotzdem den Ausländern klarma-

chen wollen, sie sollten Reaktoren bei unserer und nicht bei der französischen Industrie kaufen, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn das wenig Erfolg hat. Denn es ist kein gutes Verkaufsargument, im Export zu sagen: Uns sind die Anlagen zu gefährlich; aber wir wollen sie euch verkaufen. (C)

Denken wir einmal über all diese Dinge im Zusammenhang nach! Dann läuft es zumindest nicht mehr so locker, daß man einfach diejenigen, die noch Geld haben, einlädt, dies in zum Teil schon als Fehlentwicklung zu bezeichnende langfristige öffentliche Objekte zu investieren. Ich habe Verständnis dafür, daß das Problem inzwischen darin besteht, daß Geld im Ausland statt im Inland investiert wird und damit Gelder, die im Ausland aufgenommen werden, gleich wieder exportiert werden, und zwar von der investierenden Industrie. Das ist dann eben keine Zukunftssicherung.

Ich stimme mit Ihnen überein, wenn Sie sagen, **England** habe eine noch höhere Verschuldung. Ich möchte aber trotzdem nie den Zustand in der Industriestruktur erreichen, den England erreicht hat, und ich möchte nicht die Kur mitmachen müssen, die die britische Industrie durchmacht. Die Frage ist nur, ob wir nicht schon ein Stück weit auf dem Wege dahin sind, veraltete Industriestrukturen stützen zu müssen, weil wir die neuen Technologien nicht rechtzeitig genug entwickelt haben, um umsteigen zu können.

- (D) Was nun die **langfristige Zahlungsbilanzentwicklung** anbelangt, so schauen Sie sich an, wie etwa die englische Zahlungsbilanz im Hinblick auf die Rohstoffe aussieht. Bezüglich des Rohstoffes, Energie können die Engländer trotz ihrer gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten in einem langfristigen Konzept durchaus eine positive Zahlungsbilanz erwarten. Die Japaner lassen sich mit ihrer öffentlichen Verschuldung durchaus mit uns vergleichen. Sie können sich aber nicht mit ihnen vergleichen; denn deren öffentliche Verschuldung hat zu einem Substanzgewinn der modernen Industrieanlagen geführt, die die Steuereinnahmen von morgen sichern, die möglicherweise bei uns fehlen werden. Hier würde ich doch einen Unterschied zwischen dem langfristigen und dem kurzfristigen Denken machen. Über kurzfristige Verschuldung zur langfristigen Investitionskraft- und Zahlungsbilanzverstärkung kann man reden.

Was mich für die Bundesrepublik Deutschland in dieser Frage so bedrückt, ist, daß wir im Grunde genommen kein Konzept haben, um mit kurzfristigen Schulden unsere langfristige Investitionskraft zu stärken. Das können wir sicherlich noch einmal vertiefen. Die Bereitschaft der Länder, bei solchen entscheidenden Weichenstellungen für die Zukunft mitzuwirken, ist durchaus vorhanden.

Wir können auch noch einmal über die Frage der Fernwärme reden, weil wir hier eine Lösung finden müssen, die nicht an Formalien scheitern darf. In diesem speziellen Punkt stimme ich Ihnen zu. Nur meine ich, wir sollten es uns nicht so leicht machen, uns gegenseitig zu belehren. Ich erinnere mich noch an den langen Satz des Herrn Bundeskanzlers: „Die D-Mark ist eine der härtesten Währungen der Welt,

Späth (Baden-Württemberg)

- (A) und dies ist ein Zeichen unserer Kraft.“ — Das würde ja einen Umkehrschluß zulassen, der fürchterlich ist: Die D-Mark wird eine der weichesten Währungen der Welt; also kann es mit unserer Kraft nicht mehr weit her sein. Ich will diesen Schluß aus guten Gründen so nicht ziehen. Aber wer mit der starken D-Mark durch die Lande gezogen ist, der muß jetzt durch die Lande schleichen und erklären, warum die D-Mark so schwach geworden ist.

Präsident Zeyer: Das Wort hat Herr Bundesfinanzminister Matthöfer.

Matthöfer, Bundesminister der Finanzen: Ich will das gern tun und damit anfangen zu erklären, warum die D-Mark schwächer geworden ist. Zunächst: **Die D-Mark ist im Kern nicht schwach.** Die Bundesrepublik hat von allen Industrieländern die niedrigste Preissteigerungsrate, und zwar ist der Unterschied, wie ich vorhin sagte, beträchtlich, verglichen mit einigen Ländern nur ein Drittel. Die inhärente Kraft der D-Mark wird sich schon in kurzer Zeit, also, mittelfristig gesehen, vielleicht in acht bis 14 Monaten, zeigen. Dann wird sich trotz eines durch eine Hochzinspolitik von 20% hervorgerufenen vorübergehenden Problems der Zahlungsmittelbeschaffung und des Leistungsbilanzdefizits, das wir beseitigen werden — und deshalb wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie der Mineralölsteuererhöhung zustimmen würden —, die inhärente Kraft der D-Mark zeigen.

- (B) Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die D-Mark gegenüber dem Dollar in den letzten zwei Jahren an Binnenkaufkraft gut 20% gewonnen hat. Wir hatten 5% Preissteigerung, die Amerikaner 15%, zwei Jahre nacheinander. Man kann sich ja ausrechnen, wie die D-Mark steht. Nun ist die Binnenkaufkraft nur ein Bestimmungsfaktor für den Wechselkurs. Dazu kommen die Zinshöhe — sie beträgt bei uns 10%, bei den Amerikanern 20% — und das Leistungsbilanzdefizit, in das wir durch die 30 Milliarden DM, die wir im Vergleich zum Stand vor zwei Jahren mehr für Öl bezahlen müssen, hineingerutscht sind. Das ist jedoch eine vorübergehende Sache. Ich bin gern bereit, Ihre Definition aufzunehmen. Wir wollen uns **in einem Jahr** hier wiedertreffen und **über die Stärke der D-Mark sprechen.** Ich hoffe, daß Sie dann den Umkehrschluß zulassen.

Der zweite Punkt betrifft die **Wiederaufbereitungsanlage**, an der ich damals als Forschungsminister beteiligt war. Ich erinnere mich noch gut an das Gespräch, daß wir mit der Niedersächsischen Landesregierung, mit dem damals überraschend neuen Ministerpräsidenten geführt haben. Dann haben wir uns geeinigt. Zunächst sollte ein Standort genannt werden. Aber das dauerte viel, viel länger, als wir in dieser Besprechung verabredet hatten. Dafür haben wir Verständnis gehabt. Dann wurde ein Standort benannt, der gar nicht unter denjenigen war, die wir in Betracht gezogen hatten. Auch das wurde akzeptiert. Niedersachsen ist das einzige Land, das riesige Salzstöcke hat, so daß nach unserem Konzept notwendigerweise dort das Endlager sein müßte, und aus Sicherheitsgründen — Vermeidung von Transportvorgängen usw. — die Wiederaufbereitung an

die gleiche Stelle zu legen wie die Endlagerung, erschien uns damals auch vernünftig. (C)

Ich habe gestern im Bundestag gehört — Herr Ministerpräsident Späth, ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie zuhören und das wirklich verinnerlichen würden —, daß der Ministerpräsident von Niedersachsen erklärt hat: Es wird in Niedersachsen keine Wiederaufbereitungsanlage geben, sondern nur ein Endlager. — Ist das richtig? — Ist dies nach all den Jahren das Ende des Entscheidungsprozesses? Begründung: Die Opposition ist dagegen. Dann müßte ich mich hinstellen und sagen: Wir können leider die Mineralölsteuer nicht erhöhen; denn die Opposition ist dagegen, die Mehrheit des Bundesrates ist dagegen. Sie wird einen parteipolitischen Gewinn bei den Fernpendlern, die im wesentlichen uns wählen — auch bei Ihnen, Herr Ministerpräsident Späth, wählen die Facharbeiter, die fernpendeln, im wesentlichen uns —,

(Frau Griesinger [Baden-Württemberg]:
Schon lange nicht mehr!)

also in unserem eigenen Wählerpotential, haben. — Nein, das tun wir nicht. Wir setzen diese **Mineralölsteuererhöhung** durch, weil wir sie zur **Verminderung des Ölverbrauchs** für **unabweisbar** erforderlich halten. Diese ist wiederum erforderlich, um das Leistungsbilanzdefizit zu beseitigen, und das ist wieder notwendig, um die Zinsen senken zu können; denn wir bekommen keinen privaten Investitionsstoß bei diesen hohen Zinsen.

Das ist eine Politik, Herr Ministerpräsident, die man nicht darauf reduzieren kann: Wenn die Bundesregierung nur genügend energische Stellungnahmen abgäbe, würden die Gerichte anders entscheiden. Ich bitte Sie! Wir dürfen doch wohl unterstellen, daß deutsche Gerichte nach den Gesetzen und nicht nach den Stimmungen von Bundesregierungen entscheiden. Überlegen Sie einmal, worauf sich Ihre Überlegungen reduzieren: zuerst auf die Kernenergie, und wenn man Sie dann fragt, wo denn die Stelle ist, an der die Bundesregierung diesen Prozeß irgendwie hemmt, dann sind Sie, da wir alle Entscheidungen getroffen haben, darauf reduziert zu sagen: Die machen keinen Eindruck, der energisch genug ist, und deshalb entscheiden die Gerichte anders. (D)

(Ministerpräsident Späth: Das steht in § 9 des Atomgesetzes!)

— Ich weiß, was dort steht.

Ich darf Sie also noch einmal sehr herzlich bitten: Lassen Sie uns gemeinsam die Wirklichkeit dieses Landes und seine Probleme studieren! Lassen Sie uns Antwort geben auf die tatsächlichen Probleme! Und diese liegen darin, daß wir wie alle anderen Länder in der Welt auch darunter leiden, daß die hohen Überschüsse der OPEC-Staaten denkwürdigerweise zu Defiziten woanders führen, was den Welthandel beeinträchtigt, was die Beschäftigung beeinträchtigt, und zwar überall in der Welt, sogar stärker als bei uns. Wir wissen, daß wir dieses Land gemeinsam durch die Schwierigkeiten steuern müssen. Es wird eine ganze Weile dauern, bis wir unsere Strukturen den neuen Kosten angepaßt haben. Es

Bundesminister Matthöfer

(A) wird Konflikte geben, und unpopuläre Maßnahmen werden notwendig sein. Wir sind bereit, wie bei der Mineralölsteuererhöhung diese Unpopularität auf uns zu nehmen, weil es im Interesse dieses Landes erforderlich ist. Ich wäre Ihnen wirklich dankbar, wenn Sie die Frage Kernenergie ja oder nein nicht zum Schlüsselproblem der wirtschaftlichen Entwicklung machen würden. Sie ist nicht das Schlüsselproblem, sondern eines unter vielen. Das **Hauptproblem** ist unser **Leistungsbilanzdefizit**, und das müssen wir beseitigen. Ich fordere Sie noch einmal auf: Stimmen Sie der Mineralölsteuererhöhung zu!

Präsident Zeyer: Das Wort hat Herr Minister Hasselmann, Niedersachsen.

Hasselmann (Niedersachsen): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte gern dem Bundesfinanzminister antworten, und zwar deshalb, weil Sie gestern zugehört haben, als mein Ministerpräsident im Deutschen Bundestag sprach. Wir haben gesagt, was **Gorleben** anbetrifft, was **Endlager** anbetrifft, was **Zwischenlager** anbetrifft und was **Wiederaufbereitungsanlage** angeht, daß auch die Opposition dagegen ist. Was haben wir, verehrter Herr Bundesfinanzminister, für intensive Gespräche in Lüchow-Dannenberg vor Ort führen müssen, und kein Argument der Bevölkerung ist unbeachtet geblieben. Sorgfältig haben wir uns um Antworten bemüht, bis die sozialdemokratische Opposition im Kreistag mitgestimmt hat. Wir haben also überzeugend wirken können. Die Mitglieder des Kreistages haben — bis auf ganz wenige Ausnahmen — einen Beschluß zugunsten des Endlagers gefaßt.

(B) Nun darf ich, da Sie gestern zugehört haben, noch einmal wiederholen: In Gorleben werden wir die Endlagerung für die Bundesrepublik Deutschland dann vornehmen, wenn die Bohrungsergebnisse — und das scheint der Fall zu sein — positiv ausfallen und wir einen Schacht teufen können. Nach dem Ausbau kann das Endlager von der Bundesrepublik Deutschland benutzt werden. Das ist das erste.

Zweitens haben wir uns ganz eindeutig zum Zwischenlager in Gorleben bekannt. Wir haben uns jedoch nicht — das war Ihr Zitat aus der damaligen Zeit — zu einem Ja zur Wiederaufbereitungsanlage für mehr als 1 500 t, wenn ich es richtig verstehe — ich bin kein Techniker —, bekannt, und zwar nach dem damaligen Antrag der DWK für Gorleben. Der hessische Ministerpräsident, der unsere Hochachtung verdient, hat sich nach Überdenken und Abwägen aller Probleme bereit erklärt, eine wesentlich kleinere, bei 350 t liegende Anlage zu konzipieren.

(Frau Dr. Rüdiger [Hessen]: Die Größe steht noch nicht fest! Das hängt von der Entscheidung der Enquete-Kommission ab!)

— Vielen Dank, verehrte Frau Kollegin! Ich will mich hier nicht festlegen. Aber es wird nicht mehr der ursprüngliche Antrag der DWK sein, und es wird wahrscheinlich eine um ein Drittel verringerte Größenordnung sein. Aber wie auch immer: Darüber brauchen wir uns nicht zu streiten.

Niedersachsen — das hat der Ministerpräsident (C) meines Landes gestern im Deutschen Bundestag erklärt, und zwar mit Zustimmung des Bundeswirtschaftsministers — wäre bereit, wenn es notwendig wird, in der Größenordnung, die jetzt zur Debatte steht, auch eine Wiederaufbereitungsanlage zu bauen, nur nicht in Gorleben. Wir können die Geduld und die Belastbarkeit der Bevölkerung in Lüchow-Dannenberg nicht überstrapazieren. Das haben wir alles schon erlebt. Deshalb bleiben wir in bezug auf Gorleben — und ich darf es noch einmal genauso erklären, wie es der Ministerpräsident meines Landes gestern getan hat — beim Endlager für stark radioaktives Material und beim Zwischenlager. Wenn es darum geht, eine Wiederaufbereitungsanlage zu errichten, dann kann die Bundesregierung mit Niedersachsen über einen Standort reden, den wir gemeinsam finden werden.

Präsident Zeyer: Herr Minister Prof. Becker, Saarland, und Herr Staatsminister Schmidhuber, Bayern, geben Erklärungen zu Protokoll *).

Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich rufe zur Abstimmung zu Punkt 3 auf, und zwar über die Empfehlungen des Finanzausschusses in Drucksache 1/1/81. Wir stimmen jetzt in der Ausschuß-Drucksache über die Ziff. 1, 2, 3 und 4 gemeinsam ab, sofern der gemeinsamen Abstimmung nicht widersprochen wird. — Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann darf ich um Handzeichen bitten. — (D) Dies ist die Mehrheit.

Wir kommen zur Ziff. 5. — Mehrheit.

Ziff. 6! — Mehrheit.

Ziff. 7! — Mehrheit.

Ziff. 8! — Mehrheit.

Ziff. 9! — Mehrheit.

Ziff. 10! — Mehrheit.

Wunschgemäß stimmen wir jetzt zunächst über Ziff. 15 ab. Wer stimmt der Ziff. 15 zu? — Das ist die Mehrheit.

Wir setzen dann die Abstimmung mit Ziff. 11 fort. — Mehrheit.

Ziff. 12! — Mehrheit.

Ziff. 13! — Mehrheit.

Ziff. 14! — Mehrheit.

Ziff. 15 ist abgehandelt.

Jetzt kommen die Ziff. 16, 17, 18 und 19 gemeinsam, wenn der gemeinsamen Abstimmung nicht widersprochen wird. — Mehrheit.

Ziff. 20! — Mehrheit.

Ziff. 21, und zwar getrennt nach Absätzen. Zunächst Abs. 1! — Minderheit.

Abs. 2 auf Seite 11 unten! — Minderheit.

*) Anlagen 2 und 3

Präsident Zeyer

(A) Abs. 3 auf Seite 12 oben! — Mehrheit.

Wir kommen dann zu Ziff. 22 Buchst. a), und zwar Abs. 1 und 2 zusammen. — Mehrheit.

Nun zu den Absätzen 3 bis 5 gemeinsam! — Mehrheit.

Wir kommen dann zu Ziff. 22 Buchst. b). — Mehrheit.

Ziffer 23! — Mehrheit.

Ziff. 24! — Mehrheit.

Ziff. 25! — Mehrheit.

Zusammenfassend darf ich feststellen, daß der Bundesrat zu dem Entwurf des Bundeshaushalts 1981 gemäß Art. 110 Abs. 3 GG die soeben angenommene **Stellungnahme beschlossen** hat.

Zu Punkt 4 liegen zur Abstimmung vor: die Empfehlung des Finanzausschusses in Drucksache 2/1/81, ein Länderantrag in Drucksache 2/2/81.

Wir stimmen zunächst über den Länderantrag in Drucksache 2/2/81 ab. Wer folgt diesem Antrag? — Das ist die Mehrheit.

Damit entfällt eine Abstimmung über die Empfehlung des Finanzausschusses in Drucksache 2/1/81.

Der Bundesrat hat somit zu der Vorlage gemäß § 9 Abs. 2 des Stabilitätsgesetzes und gemäß § 50 Abs. 5 des Haushaltsgrundsätzegesetzes die soeben angenommene **Stellungnahme beschlossen**.

(B) Zur **gemeinsamen Abstimmung** nach § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung rufe ich die in dem **Umdruck 2/81 ***) zusammengefaßten Beratungsgegenstände auf. Es sind dies die **Tagesordnungspunkte: 5, 7, 9, 11 bis 13**.

Wer den **Empfehlungen der Ausschüsse** folgen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. — Das war die **Mehrheit**.

Wir kommen zu Punkt 6 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung der Wirtschaftspläne des ERP-Sondervermögens für das Jahr 1981 (**ERP-Wirtschaftsplan-gesetz 1981**) (Drucksache 3/81).

Wird das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Es liegen vor: die Ausschußempfehlung in Drucksache 3/1/81 und ein Antrag des Landes Baden-Württemberg in Drucksache 3/2/81.

Wir stimmen zunächst über den Antrag Baden-Württembergs ab. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Dies ist die Minderheit.

Nun kommen wir zu der Ausschußempfehlung. Ich bitte um ein Handzeichen. — Das ist die Mehrheit.

Damit hat der Bundesrat zu dem Gesetzentwurf, (C) wie soeben beschlossen, **Stellung genommen**.

Wir kommen zu Punkt 8 der Tagesordnung:

Verordnung über die verbrauchsabhängige Abrechnung der Heiz- und Warmwasserkosten (**Verordnung über Heizkostenabrechnung — HeizkostenV**) (Drucksache 632/80).

Wird das Wort zur Aussprache gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Die Empfehlungen der Ausschüsse liegen Ihnen in Drucksache 632/1/80 vor.

Ich rufe zunächst die Ziff. 1 auf und bitte um ein Handzeichen. — Das ist die Mehrheit.

Ziff. 2! Ich bitte um Handzeichen. — Das ist die Mehrheit.

Wir haben nun darüber zu befinden, ob der Verordnung nach Maßgabe der soeben erfolgten Beschlußfassung zugestimmt werden soll. Ich bitte um ein Handzeichen. — Dies ist die Mehrheit.

Damit hat der Bundesrat der Verordnung **zugestimmt**.

Ich rufe Punkt 10 der Tagesordnung auf:

Erste Allgemeine **Verwaltungsvorschrift zur Störfall-Verordnung** (1. StörfallVwV) (Drucksache 626/80).

Die Empfehlungen der Ausschüsse liegen Ihnen in Drucksache 626/1/80 vor.

Zur Abstimmung rufe ich aus der genannten Drucksache auf: (D)

Ziff. 1 bis 5! — Mehrheit.

Ziff. 6! — Minderheit.

Ziff. 7 bis 14! — Mehrheit.

Ziff. 15! — Mehrheit.

Ziff. 16! — Mehrheit.

Ziff. 17! — Minderheit.

Ziff. 18! — Minderheit.

Ziff. 19! — Minderheit.

Ziff. 20! — Mehrheit.

Ziff. 21! — Mehrheit.

Danach hat der Bundesrat der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift gemäß Art. 84 Abs. 2 GG **nach Maßgabe der soeben angenommenen Änderungen zugestimmt**.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung abgewickelt.

Bevor ich die Sitzung schließe, möchte ich Ihre Aufmerksamkeit noch kurz auf „**unerledigte Vorlagen beim Bundesrat**“ lenken.

Der parlamentarische Grundsatz der Diskontinuität gilt für den Bundesrat nicht, da der Bundesrat keine Wahlperioden hat. Deshalb gibt es beim Bundesrat noch eine Reihe von Vorlagen, die zwar nach dem Willen der antragstellenden Länder nicht mehr beraten werden sollen, aber dennoch mangels einer abschließenden Sachentscheidung oder einer aus-

*) Anlage 4

Präsident Zeyer

(A) drücklichen Erledigungserklärung formell noch beim Bundesrat „anhängig“ sind.

In vorangegangenen Beratungen ist Übereinstimmung erzielt worden, heute einen Beschluß zur Erledigung solcher Vorlagen aus der Zeit der 1. bis 7. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages zu fassen. Ich schlage Ihnen folgende Formulierung vor:

Die beim Bundesrat von den Ländern in der Zeit vom 7. September 1949 bis 13. Dezember 1976 eingebrachten und bisher nicht abschließend behandelten Vorlagen **gelten als erledigt**. Dies gilt nicht für die Gesetzesanträge in den Drucksachen 766/73, 310/74 und 423/75.

Erhebt sich gegen einen solchen Beschluß Widerspruch? — Das ist nicht der Fall. Dann ist so **beschlossen**. (C)

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der 496. Sitzung angelangt.

Ich berufe den Bundesrat zu seiner **nächsten Sitzung** auf Freitag, den 13. März dieses Jahres, 9.30 Uhr, ein und schließe die heutige Sitzung.

(Schluß: 11.57 Uhr)

Feststellung gemäß § 34 der Geschäftsordnung

Einsprüche gegen den Bericht über die 495. Sitzung sind nicht eingelegt worden. Damit gilt der Bericht gemäß § 34 der Geschäftsordnung als genehmigt.

(B)

(D)

(A) Anlage 1**Erklärung**

von Minister **Prof. Dr. Becker** (Saarland)
zu **Punkt 14** der Tagesordnung

Die saarländische Landesregierung stellt klar, daß die Unterstützung des 5-Länder-Antrages auf Anrufung des Vermittlungsausschusses zum **Mineralöl- und Branntweinsteuer-Änderungsgesetz 1981** sich nicht auf die Aufhebung des Gesetzesbeschlusses des Deutschen Bundestages insgesamt bezieht.

Die Landesregierung des Saarlandes unterstützt das Anrufungsbegehren ausdrücklich insoweit, als Artikel 1 des Gesetzesbeschlusses aufgehoben werden soll. Auch die saarländische Landesregierung hält mit den antragstellenden Ländern eine Erhöhung der Mineralölsteuer zur Begrenzung der Neuverschuldung für verfehlt. Auf die Begründung des Anrufungsbegehrens zur Erhöhung der Mineralölsteuer im einzelnen wird Bezug genommen. Der Gesetzesbeschluß sollte daher insoweit aufgehoben werden.

Anders beurteilt die saarländische Landesregierung die Situation bei der Änderung der Branntweinsteuer. Sie hat die Bedenken des Bundesrates im ersten Durchgang zur Einbeziehung von Propylen und Methanol in die Branntweinbesteuerung, soweit diese Alkohole zur Herstellung von kosmetischen Erzeugnissen verwendet werden sollen, bereits nicht unterstützt. In Übereinstimmung mit ihrer bisherigen Haltung trägt die saarländische Landesregierung demgemäß nicht das Anrufungsbegehren, soweit mit ihm auch die Aufhebung des Artikels 2 des Gesetzesbeschlusses begehrt wird.

(B)**Anlage 2****Erklärung**

von Minister **Prof. Dr. Becker** (Saarland)
zu **Punkt 3** der Tagesordnung

Die saarländische Landesregierung hat der Nr. 5 der Drucksache 1/1/81 zugestimmt. Sie vermochte sich dieser Empfehlung des Finanzausschusses anzuschließen, weil ersichtlich auch der Finanzausschuß nicht den Abbau von Mischfinanzierungen schlechthin, sondern den Abbau auf bestimmte Bereiche begrenzt für wünschenswert hält.

Die in der Nr. 5 gemachten Aussagen müssen nach Ansicht der saarländischen Landesregierung in Verbindung mit den Beschluß der Regierungschefs der Länder vom 26. Juni 1980 gelesen werden. In Übereinstimmung mit dem zitierten Beschluß der Regierungschefs der Länder ist das Saarland bei seiner Zustimmung davon ausgegangen, daß diese Empfehlung des Finanzausschusses in Übereinstimmung mit dem Beschluß der Regierungschefs der Länder nicht als Empfehlung zur Änderung des Grundgesetzes verstanden werden kann.

Die saarländische Landesregierung hat gleichfalls der Ziff. 22a) der Drucksache 1/1/81 zugestimmt. **(C)**

Zu Absatz 3 dieser Empfehlung möchte die saarländische Landesregierung einer im Umkehrschluß denkbaren Interpretation der dort vom Finanzausschuß gemachten Aussage vorbeugen, als seien die Länder bei weniger angespannter Haushaltssituation eher in der Lage, die auf Grund der vorgesehenen Kürzungsmaßnahmen ausfallenden Bundesmittel durch eine entsprechende Erhöhung der Ländermittel auszugleichen. Ein solches Verständnis verbietet die durch Art. 91 a GG vorgegebene verfassungsrechtliche Lage, wonach beim Ausbau und Neubau von Hochschulen einschließlich der Hochschulkliniken der Bund die Hälfte der Ausgaben in jedem Land zu tragen hat. Die Länder sind daher nicht nur wegen der angespannten Haushaltssituation, sondern auch aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht in der Lage, die auf Grund der vorgesehenen Kürzungsmaßnahmen ausfallenden Bundesmittel durch eine entsprechende Erhöhung der Ländermittel auszugleichen.

Anlage 3**Erklärung**

von Staatsminister **Schmidhuber** (Bayern)
zu **Punkt 3** der Tagesordnung

(D)

Namens der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein darf ich folgende Erklärung abgeben:

In der Aussprache des Bundestages über den Entwurf des **Bundeshaushalts 1981** (17. Sitzung vom 28. Januar 1981) hat es der Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen für richtig gehalten, die ständige Praxis des Bundesrates zu kritisieren, wonach zum jeweiligen Bundeshaushalt im zweiten Durchgang nicht der Vermittlungsausschuß angerufen und kein Einspruch eingelegt wird. Herr Kollege Dr. Posser hat u. a. ausgeführt, dies sei wohl darauf zurückzuführen, daß fünf der sechs von der CDU/CSU-regierten Länder Bundesergänzungszuweisungen bekommen.

Für die genannten Länder weise ich diese Unterstellungen mit Nachdruck zurück. Selbst ein parteipolitisch der Bundesregierung nahestehendes Bundesratsmitglied, das noch dazu Vorsitzender des Finanzausschusses des Bundesrates ist, sollte ein Mindestmaß an Respekt vor einer jahrzehntelangen, aus dem Selbstverständnis der Rolle des Bundesrates bei der Behandlung des Bundeshaushalts entspringenden Praxis des Bundesrates aufbringen. Der Bundesrat hat z. B. in seiner Stellungnahme zum Entwurf des Bundeshaushalts 1979 vom 20. Oktober 1978 (Drucksache 400/78 — Beschluß —) ausdrücklich erklärt, daß es „nicht primär Aufgabe des Bundesrates“ ist, „Vorschläge über eine alternative Gestaltung der Ausgaben des Bundes zu unterbreiten“. Der Bundesrat hat seither wiederholt — und

- (A) zwar auch mit den Stimmen von SPD/FDP-regierten Ländern — festgestellt, daß „die Ansätze des Bundeshaushalts nach Grund und Höhe einschließlich der Erläuterungen bzw. die Nichtausbringung früher geforderter Titel oder Ansätze der Weiterverfolgung einer anderweitigen Auffassung des Bundesrates oder der Länder nicht entgegenstehen; dies gilt auch für noch nicht abgeschlossene Gesetzgebungsverfahren“.

Dahinter steht eindeutig die Auffassung des Bundesrates, daß er zwar als Bundesorgan jederzeit die Möglichkeit hätte, durch Anrufung des Vermittlungsausschusses und gegebenenfalls Einspruchseinlegung verstärkt auf die Gestaltung des Bundeshaushalts und den Zeitpunkt seiner Inkraftsetzung einzuwirken. Im Hinblick auf die Funktion des Bundeshaushalts als Regierungspolitik in Zahlen kommt jedoch die alleinige politische Verantwortung der Mehrheit des Bundestages und der von ihr gewählten Bundesregierung zu. Daß der Bundeshaushalt kein Gesetz wie jedes andere auch ist, wird im übrigen auch in der von Art. 76, 77 GG abweichenden Regelung des Haushaltsgesetzgebungsverfahrens nach Art. 110 ff. GG deutlich; der Bundesrat hat hierbei, anders als bei sonstigen Regierungsvorlagen, nicht das Recht, vor Einbringung des Entwurfs beim Bundestag Stellung zu nehmen.

Dieses langjährige wohlervogene Selbstverständnis der Rolle des Bundesrates allein auf die Tatsache zurückführen zu wollen, daß einige Länder Ergänzungen zuweisungen des Bundes bekommen, stellt reine parteipolitische Polemik dar. Darüber hinaus ist es unangemessen, aus den vielschichtigen Bundesländer-Finanzbeziehungen nur einen Gesichtspunkt herauszugreifen, der erheblich weniger als einen Prozentpunkt der auf den Bund entfallenden Steuereinnahmen oder nur rund 5 % der gesamten Zuweisungen des Bundes an die Länder ausmacht.

- (B) Diese und ähnliche unsachliche Angriffe auf die Haltung des Bundesrates zum Bundeshaushalt könnten künftig eine Überprüfung des Abstimmungsverhaltens der genannten Länder im zweiten Durchgang zum jeweiligen Bundeshaushalt nahelegen, zumal der vorliegende Entwurf des Haushalts 1981 durch seine einseitigen Eingriffe in die gemeinsame Finanzierung von Gemeinschaftsaufgaben wesentliche Länderinteressen verletzt.

Anlage 4

Umdruck 2/81 (C)

Zu den folgenden Punkten der Tagesordnung der 496. Sitzung des Bundesrates empfehlen die Ausschüsse dem Bundesrat:

I.

Gegen das Gesetz **keine Einwendungen zu erheben:**

Punkt 5

Entwurf eines Ersten Gesetzes zur **Änderung des Beitreibungsgesetzes-EG** (Drucksache 4/81)

II.

Den Vorlagen **ohne Änderung zuzustimmen:**

Punkt 7

Zweite Verordnung zur **Änderung der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten im Außenwirtschaftsverkehr** (Drucksache 30/81)

Punkt 9

Allgemeine Verwaltungsvorschrift über die **Änderung der Lohnsteuer-Richtlinien 1978** — LStÄR 1981 — (Drucksache 5/81)

III.

Entsprechend den Anregungen und Vorschlägen **zu beschließen:**

Punkt 11

Vorschlag für die Berufung eines stellvertretenden **Mitglieds des Verwaltungsrates der Bundesanstalt für Arbeit** (Drucksache 656/80) (D)

Punkt 12

Abberufung von zwei **Mitgliedern zweier Fachbeiräte bei der Bundesanstalt für landwirtschaftliche Marktordnung** sowie Bestellung der Nachfolger (Drucksache 16/81)

IV.

Zu den Verfahren, die in der zitierten Drucksache bezeichnet sind, **von einer Äußerung und einem Beitritt abzusehen:**

Punkt 13

Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht (Drucksache 48/81)